



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

199 (8.5.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-191221](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-191221)

Mannheimer General-Anzeiger

Verlagspreis: In Mannheim u. Umgebung monatlich 2,50 für Dringelohn u. Einzeltage 1,50. **Abonnement:** In Mannheim u. Umgebung monatlich 7,50. **Postabnahme:** In Mannheim u. Umgebung monatlich 8,50. **Verkaufspreis:** In Mannheim u. Umgebung 1,50. **Abnahme:** In Mannheim u. Umgebung monatlich 4,50. **Postabnahme:** In Mannheim u. Umgebung monatlich 5,50. **Verkaufspreis:** In Mannheim u. Umgebung 1,50. **Abnahme:** In Mannheim u. Umgebung monatlich 4,50. **Postabnahme:** In Mannheim u. Umgebung monatlich 5,50.

Badijsche Neueste Nachrichten

Vorschau auf Spa.

Was werden wir zahlen, müssen?

□ Berlin, 8. Mai.

Vor einer Ueberschätzung der Einladung nach Spa haben wir kürzlich gewarnt. Eine gesunde Skepsis kann niemals schaden, es sei denn einer liebenden Seele gegenüber, auf deren Gefühl kühler Zweifel wie Meltau sinkt. Aber unsere ehemaligen Kriegsgegner lieben uns nicht und haben trotz Friedensschluß uns so unerträglich drangsalieren, geduckt und gedemütigt, daß schon die nackte Erlaubnis, endlich einmal mit ihnen verhandeln zu dürfen, die Gefahr nahebringt, dieses Ereignis nicht als Selbstverständlichkeit zwischen gestützten Menschen, sondern als Beginn einer Friedensvertragsrevision zu begreifen. Den Fortschritt, der in der Einladung nach Spa liegt, leugnen wir nicht, aber er ist nur relativ zu bewerten und doch nur eine Nuß mit halbem Kern. Wir können, ohne uns der Fäulnisgefahr schuldig zu fühlen, getrost sagen: würden die Alliierten nicht einen Vorteil darin sehen, uns nach Spa zu bitten, sie würden es nicht tun; oder anders ausgedrückt: würden sie nicht einsehen, daß sie sich mit dem bisherigen Verhalten in eine Sackgasse verrannt haben, sie würden nicht zu dem Punkte zurückkehren, wo der andere Weg, der der Verhandlungen, abbiegt und den sie in Siegesstolz verschmäht haben. Einen Frieden diktieren mit unerträglichen Bedingungen und seine Unterschrift erzwingen, ist leicht, wenn man im Besitze von Heeren und Kriegsmaterial ist, der andere aber in Ohnmacht gestürzt wurde. Schwerer ist es, die Erfüllung eines solchen Vertrages durchzusetzen; und hier trifft das Wort von Busch zu: Vater werden ist nicht schwer, Vater sein das ist schon mehr.

Die Väter des Gewaltfriedens wollen sich also über die Erfüllung des Vertrages mit uns mündlich unterhalten und wollen uns, wie es in der kalten und warmen Note aus San Remo vom 26. April heißt, „keine allzu engherzige Interpretation des Friedensvertrages aufzwingen“. Dieser schöne Satz, der einem Täublein mit einem Delzweig ähnlich sieht, ist leider umgittert von Bajonetten. In derselben Note wird, unter Bruch desselben Vertrages, den man nicht engherzig interpretieren will, mit der Befehung neuer Teile des deutschen Gebietes gedroht, um die „Durchführung der Vertragsbedingungen sicherzustellen“. Die Auslegung der San Remo-Note ist in London und Rom verschieden von der in Paris, wie ja überhaupt die Note deutlich zwei Handschriften, die von Rittis und von Millerand zeigt, von Lloyd George in ein Faßzettel zusammengebracht und etwas retouchiert. In Spa werden, neben den Kohlenlieferungen, zwei Fragen im Vordergrund stehen: Deutschlands Heeresstärke, Deutschlands Entschädigungssumme. In beiden ist Frankreich unser unerträglichster Widerpart. Der, durch Verträge obendrein rühmlichster Sieger fürchtet sich vor 200 000 Reichswehrsoldaten, besteht auf den vertraglichen 100 000, besteht auf der restlosen Ablieferung bezw. Zerstörung von Kriegsmaterial. Politische und wirtschaftliche Fragen aber sind heute nicht mehr zu trennen und, ohne feierlich zu sein, darf man wohl sagen, daß die wirtschaftlichen Fragen sogar die anderen beherrschen. Wenn Deutschland unter dem Druck der Verpflichtungen des Versailler Vertrages sich nicht erholen, nicht mehr recht atmen kann, wenn es wirtschaftlich zu Grunde geht, kann es ihm eigentlich gleichgültig sein, wie groß die Kopfstärke seiner Armee sein darf. Auch die Küstung von 100 000 Mann würde dann unseren Brustkorb zerdrücken. Unser Rest von Heer kostet ja schon jetzt mehr als unsere letzten Riesenarmeen nebst der gefährlichsten Kriegsflotte.

Die Väter der Verhandlungen wird die Frage bilden, die jetzt aus dem Dunkel brütender Ungewißheit langsam emporsteigt: was werden wir an Entschädigung zu zahlen haben. Man muß sich daran erinnern, wie schwer der Alpdruck auf uns lag, als uns verweigert wurde, in den Friedensvertrag eine feste Summe hierfür einzusetzen. Bis 1921 sollte die Wiedergutmachungskommission, deren Vorsitzender unserer intimer Feind Poincaré geworden ist, einseitig die Summe feststellen. Kurz vor dem Ultimatum wurde uns im Juni v. J. in einer Note das Zugeständnis gemacht, wir dürften in einer Frist von 4 Monaten nach Inkrafttreten des Friedens selber Vorschläge machen, und wenn diese binnen zwei weiteren Monaten zu keinem Ergebnis führen, dann erst würde die Bestimmung des Friedensvertrages angewendet werden. Dieses uns zugestandene Recht läuft erst am 10. Mai ab. Umso felsamer war es, daß in der Erklärung von San Remo Deutschland mit dem Vorwurf befaßt wurde, es habe noch keine Vorschläge gemacht. Aus einem gnädig bewilligten Recht wird hier eine Pflicht gemacht und noch vor Ablauf der Frist eine Erfüllung verlangt. Das macht uns stutzig. Die Alliierten haben es plötzlich sehr eilig zu erfahren, was wir zu zahlen gedenken, während sie doch eigentlich den Standpunkt vertreten, daß sie zu dekretieren und wir zu gehorchen haben. Als wir bei den Friedensverhandlungen 100 Milliarden Goldmark anboten, allerdings unter gleichzeitiger Wilsderung mehrerer Bedingungen, wurde das hochmütig abgelehnt. Es könnte sein, daß die Entente dies inzwischen bitter bereut hat; denn die Zeit hat sich geändert und für Deutschland könnte heute nicht einmal mehr die Hälfte jener Summe in Betracht kommen.

Damals war für Deutschland noch die Möglichkeit gegeben, sich in absehbarer Zeit wieder emporzurichten. Die Entente hat diese Möglichkeit verschüttet. Sie hat unsern Staatskörper wichtiger Gebiete beraubt, aus denen uns Getreide, Kohlen, Erze zuströmen, und mit ihnen auch eine stättliche Reihe von Steuerzahlern genommen. Sie hat uns Kohlenverpflichtungen auferlegt, während wir selber frieren und unserer Industrie das „schwarze Brot“ fehlt. Wir haben Lokomotiven abliefern müssen, sodas unsere Verkehrsverhältnisse wie für ein kleines Ländchen zugeschnitten werden mußten. Wir sind verpflichtet, ein viel zu großes Besatzungsheer zu ernähren und zu besolden. Man hat uns die Handelsflotte genommen, sodas uns die eigenen Transportmittel für überlebensnotwendige Rohstoffe fehlen. Man hat schließlich unsere Boluta so heruntergedrückt, daß das meiste, was wir an Geldwerten noch hatten, auch noch daraufging, um uns vor dem Verhungern zu retten. Wenn Deutschlands

wirtschaftliche Kraft jetzt so gesunken ist, daß es trotz hohen, kaum erträglichem direkten Steuern nicht einmal die Inlandsausgaben decken kann und wenn nun für die Entente wenig übrig bleibt, so trifft die Hauptschuld daran, auch wenn wir unsere eigenen Fehler (Streiks, innere Wirren) nicht verlusten, die Entente selbst.

Nun wollen sie mit milden Sitten sich mit uns über die Geldfrage unterhalten. Jetzt würde selbst der Vorschlag des Prof. Keynes schon zu weit gehen, weil unser Geldwert inzwischen zu rapide herabgestürzt ist. Keynes schlägt in seinem Buch vor, daß Deutschland 40 Milliarden zöfle, davon dürfe es 10 Milliarden für schon geleistete Verpflichtungen abziehen, der Rest soll sich auf 30 Jahre von 1923 ab verteilen. Nun wäre ja eine Milliarde pro Jahr bei unserm Riesenrat nicht schlimm, wenn nur die eine Milliarde in Wirklichkeit nicht 10 Milliarden bedeuten würden. Eine solche Belastung für die Dauer von 30 Jahren könnte Deutschland nicht übernehmen und nicht ertragen.

Aber auch wenn wir das Doppelte dieser Summe anbieten würden, Frankreich würde unzufrieden sein, seine während des Krieges gesiegt genährten Hoffnungen und Erwartungen haben sich allmählich zu einer Ueberzeugung verfestigt, daß Deutschland alles bezahlen müsse, und daß Deutschland das auch werde bezahlen können. Frankreich ist ja bereit, unter Umständen zu warten. Es will sich auch mit Staffeln ungenutzten zufrieden geben, die sich nach dem jeweiligen Stand unserer volkswirtschaftlichen Gesundheit und Krankheit richten sollen. Wie hoch seine Anforderungen an uns seien, kann man schätzungsweise daraus erkennen, daß auf die von Deutschland zu erwartenden Zahlungen im Budget Frankreichs Vorschläge in Höhe von 22 Milliarden skizziert. Wir geben zu, daß Frankreichs Finanzen durch den Krieg ebenfalls erschüttert sind. Es wird sich aber an den Gedanken gewöhnen müssen, daß es selber Einiges zur Sanierung beitragen muß und sich auf die Dauer vor einer Erweiterung direkter Steuern nicht anständig brühen darf. In Spa wird die Entschädigungsfrage nicht erledigt werden können, dazu werden etwaige Verhandlungen von Sachverständigen nötig sein. Aber in Spa wird der Grund gelegt werden und so kann von vorneherein Manches vorherbestimmt werden. Unser Konsler sollte sich strikt an den Grundsatz halten: nur das bieten, was wir wirklich leisten können, damit wir nicht hinterher in den Verdacht der Unehrlichkeit geraten und damit unsere Gegner, die sicherlich unseren Willen nicht blind gegenüberstellen, sich endgültig darauf einrichten, nur das Maß zu verlangen.

Der Ansehensgedanke.

Nach Spa wird der deutsche Reichskanzler alle Sorgen und Notwendigkeiten mitnehmen, die für die Gesundung der deutschen Wirtschaft zur Diskussion mit der Entente gestellt werden müssen. Man wird hoffen dürfen, daß er dabei den Begriff „deutsche Notwendigkeiten“ nicht zu eng faßt und dabei auch der Wirtschaftssorgen unserer deutschen Brüder in Oesterreich gedenkt. In Deutsch-Oesterreich wird von Tag zu Tag lebhafter und bitterer die Last empfinden, daß Deutsch-Oesterreich in seiner heutigen Form nicht leben und nicht sterben kann. Es braucht den ersten Anstoß an die Wirtschaftsanfälle des großen Brudervolkes. Man weiß, mit welchem flehentlichen Eifer sich in den letzten Wochen gerade die Oesterreichischen Wrensfänder bemüht haben, den Anschluß zu beschleunigen. In Wien hat man ihnen gesagt, die Zeit sei noch nicht reif für die Erfüllung ihrer Sehnsucht. Sie kann jeden Tag reif sein. Wenn die Entente nur ernstlich den Willen hat, Mitteleuropa — wie sie es ja verbrochen hat — wieder lebensfähig zu machen, so darf sie ebensowenig zögern, den Vertrag von St. Germain zu revidieren, wie den von Versailles!

Die letzte Sinnesänderung der Ententeroelung ist eine Folge des Druckes der öffentlichen Meinung in ihren Ländern. Und die öffentliche Meinung in den Ententeländern ist wenigstens zum Teil ein Echo der öffentlichen Meinung in Deutschland, der andauernden Darlegungen im Parlament und in der Presse über unsere Notlage und deren Abhilfsmöglichkeiten. Es ist nicht ohne Wirkung auf das Ausland geblieben, was in Deutschland seit einem Jahre gesprochen und geschrieben worden ist. Und deshalb wird es auch nicht ohne Wirkung bleiben, wenn sich nunmehr die deutsche Öffentlichkeit der Not der deutschen Brüder in Oesterreich energischer annimmt. So sehr wir auch mit einem solchen Überlastet sind, so bleibt es doch immer das edle Vorrecht der Armen, mit dem Vermögen zu teilen und ihm seine bittere Not erleichtern zu helfen. Deshalb müssen die Ansehenswünsche der Deutschen Oesterreichs auch von den Reichsdeutschen lebhafter vertreten werden — sie müssen auch in Spa in einer Form ihren Ausdruck finden.

Und die deutsche Diplomatie kann hier der Wiener einen Gegendienst leisten. Man darf vielleicht daran erinnern, daß, ehe Millerand und Lloyd George nach San Remo fuhren, der Oesterreichische Staatskanzler Dr. Renner nach Rom fuhr, und daß seine Besprechungen mit Rittis nicht ohne Einfluß auf die stark deutschfreundliche Haltung Rittis in San Remo war. Was Renners Komteue uns genützt hat, könnte Müllers Spafahrt den Oesterreichern nützen.

Der Zweck der Konferenz von Spa.

□ Berlin, 8. Mai. (Von uns. Verl. Büro.) Vor einer Zentrumsversammlung in Dresden hielt der Reichsfinanzminister Dr. Wirth gestern eine große Rede über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands. Er führte u. a. aus: „Ich werde jedem die Tür weisen, welcher mir den Gehalt eines Staatsbankrotts nahelegen will. Wir werden nach Spa gehen, und der Entente sagen, daß nur Solidarität uns helfen kann. Das Schicksal der deutschen Mark ist auch das Schicksal des französischen Franken. Wir gehen nach Spa, um offen und ehrlich aufzutreten. Wir haben nichts zu verheimlichen. Wenn wir aber nur zuhören sollten, was die andere beraten, dann werden wir nicht hingehen. Wie stellt man sich eine Zahlung von zwei Milliarden Goldmark an die Entente vor? Wir haben kein Gold, kein Getreide, keine Rohstoffe, keine Kohlen. Wir wollen in Spa beraten, wie Europa zu retten ist. In Spa kann man unsere (etwa) hundert Milliarden Ansehenswerten Gut ist ein Fehlbetrag von fünf Milliarden Mark, im ansehenswerten Gut ein Fehlbetrag von zwölf Milliarden

Mark, ohne Post und Eisenbahn. Die Reichseisenbahn weist einen Fehlbetrag nicht von zwölf Milliarden, sondern von vierzehn Milliarden Mark auf. Die Reichspost schließt mit einem Fehlbetrag von einer Milliarde. Das kann nicht so weiter gehen. Außer den direkten Steuern müssen auch die indirekten Steuern herangezogen werden.“

Seine Bitte um Aufschub der Konferenz von Spa.

□ Berlin, 8. Mai. (Von unserm Berliner Büro.) Holland News Büro meldet aus Brüssel, die deutsche Regierung richte mit der Bitte um Aufschub der Konferenz von Spa bis nach dem 6. Juni, dem Tag der deutschen Reichstagswahlen. Wie der „Vorwärts“ erfährt, besteht die Absicht zur Absendung einer solchen Note nicht.

Oberste Rat oder Völkerbundsrat.

Paris, 8. Mai. (Priv.-Tel.) Die Streitfrage, ob der Oberste Rat neben dem Völkerbundsrat bestehen sollte und soll, ruft, einer „Tempsmeilung“ aus London zufolge, dort lebhafteste Kommentare hervor. Lord Robert Churchill hat an Lloyd George eine Anfrage gerichtet, in welcher er fragt, ob Lloyd George davon Kenntnis habe, daß gewisse Personen, die zum Kreise des Obersten Rates gehörten, die Absicht hätten, den Obersten Rat als ein internationales Reservat neben der Gesellschaft der Nationen weiterbestehen zu lassen. Die „Westminster Gazette“ sagt: Wenn der Oberste Rat wirklich daran denken sollte, sich an die Stelle des Völkerbundes zu setzen, den er selbst geschaffen habe, so sei das Kindsmord. Die „Morning Post“ greift den Völkerbund der Nationen an und behauptet, die neuerrichteten Diskussionen seien das Ergebnis eines vollständigen Wettstreits zwischen Lloyd George und Robert Churchill.

Die deutsche Bewegung in Oberschlesien.

Aus dem Brief einer deutschen Frau.

Ein Bezer unseres Blattes stellt uns einen interessanten Brief aus Oberschlesien zur Verfügung. Wir geben einige bemerkenswerte Stellen aus ihm wieder, die bestätigen, mit welcher kraftvollen Entschiedenheit die Deutschen ihre Sache und ihr Heimatland gegen polnische Begehrlichkeit verteidigen und schützen:

Im polnischen Leben ist immer noch alles ungeklärt, wir glauben jedoch nicht, daß Oberschlesien zu Polen kommt. Am vergangenen Sonntag wollten die Polen hier einen Umzug machen mit polnischen Fahnen und Abzeichen, aber o je, die haben das Teil gedroht bekommen. Es gab große Schlägereien, sogar zwei Tote und etliche Verwundete. Da hätten Sie einmal diese elbende Benefizierung der Deutschen sehen müssen. Alle möglichen deutschen Lieder wurden gesungen. Die Deutschen hatten den Polen überall den Weg verstellt, damit sie nicht durch konnten. Die Fahnen haben sie zerrissen und verbrannt und die Polen erhielten vom englischen Oberst den Befehl abzuziehen. We haben sich doch die Deutschen für ihr Deutschtum eingesetzt und was für ein Empfinden muß der englische Oberst bekommen haben (der sehr nett ist) und die Franzosen, die dabei standen. Es hat sich aber kein Franzose nur gerührt. Wir hatten nur Angst, es könnte zu Scherereien kommen von Seiten der Franzosen, ich glaube unsere Leute hätten sie totgeschlagen, so waren sie alle in der Aufregung. In anderen umliegenden Städten soll es auch schlimm gewesen sein. Bis zur Abstimmung würde noch manchem das Leben kosten.

Die polnische Offensive gegen Sowjet-Rußland.

London, 7. Mai. (W.B.) Drahtlose Berichte aus Moskau vom 5. ds. Mts. bestätigen, daß sich Riew an jenem Tage noch in den Händen der Sowjetregierung befand.

Amsterdam, 7. Mai. (W.B.) Eine Blättermeldung aus Warschau zufolge dauert der Kampf zwischen den Bolschewisten und Polen um den Besitz von Kiew Tag und Nacht fort. Die Polen bringen in einem Halbkreis langsam vorwärts.

Haag, 7. Mai. (W.B.) Der „Nieuwe Courant“ bringt ein drahtloses Moskauer Telegramm, wonach eine besondere Kommission ernannt worden sei, die die Aufgabe habe, die Streitkräfte und die Kampfmittel an der polnischen Front zu verstärken.

Japans Vorgehen in Sibirien.

Amsterdam, 7. Mai. (W.B.) Bonar Law erklärte im Unterhause, daß nach Ansicht der englischen Regierung die von der japanischen Regierung in Sibirien unternommenen Schritte nicht solcher Art seien, daß die alliierten Regierungen ihre Zustimmung dazu erklären müßten.

Eine Konzerte für Sowjetrußland

□ Berlin, 8. Mai. (Von uns. Verl. Büro.) Die Unabgängigen rufen für Dienstag nachmittags fünf Uhr „das revolutionäre Proletariat Großberlins“ zu einer Vorkonzertübung im Lustgarten auf. Der Protest soll der Verdrängung Sowjetrußlands durch Polen gelten, das angeblich die deutsche Arbeiterchaft nicht zulassen dürfe. Das sind dieselben Leute, die sonst über jeden angeblichen aber wirklichen Eingriff in die inneren Verhältnisse anderer Staaten sich nicht genug aufregen können. Jetzt aber wird Sowjetrußland plötzlich zu einer heiligen Angelegenheit des deutschen Volkes, denn, so heißt es in diesem merkwürdigen Aufruf: „Jeder Streich, der gegen Sowjetrußland geführt wird, ist ein Faustschlag auch in das Gesicht des deutschen revolutionären Proletariats.“

Die Ausstände in Frankreich.

Paris, 7. Mai. (W.B.) Die Minister und Unterstaatssekretäre sind im Laufe des Morgens unter dem Vorsitz Millerands zu einer Beratung zusammengetreten und prüften die durch den Streik geschaffene Lage. Zum Schluß der Sitzung bestätigte Minister Troquet, daß der Allgemeine Arbeiterverband aufgefördert worden sei, seine Anführer über den Plan der Reorganisation der Eisenbahnen zu unterrichten. Jouhaux habe jedoch diese Aufforderung abgelehnt, die Regierung sei jedoch darüber hinweggegangen und habe den Plan den Gewerkschaften unterbreitet. — Im Laufe von Calais ruht die Arbeit völlig. Bei den Lokarbeitern wird gearbeitet. — Aus Lorient, Le Havre, Brest und Rouen wird eine Behörde geschickt. Bei den organisierten Seeleuten in Marseille ist die Lage unverändert. Die Besatzungen der Dampfer „Lisbonne“, „Corfica“ und „Cecilio“ wurden ohne

Zwischenfall durch Sozialdemokraten eracht. In Ägypten ist die Lage unruhig. In den Häfen des Mittelmeeres, Ostsee, Nordsee und Kanale ist die Lage ebenfalls unruhig. Drei neue Dampfer wurden geordert. In Rochelle, Nordsee, Kanale und Ostsee herrschen keine Streiks.

Die Gärung in der Demokratischen Partei.

Starke Abwanderung in Sachsen.

Besonders groß ist die Abwanderung von der Demokratischen zur Deutschen Volkspartei in Sachsen. Viel zahlreicher als in der Öffentlichkeit bekannt wird, sind die Uebertritte. Es handelt sich bei der Abwanderung auch keineswegs allein nur um Angehörige der ehemaligen Nationalliberalen Partei, die in der politischen Verwirrung der ersten Revolutionstage sich nach links treiben ließen, sondern auch um Männer, die dem alten Freisinn angehörten. Die Gründe zu der gegenwärtigen Umschwung liegen in der Haltung der Deutschen Demokraten. Sie verstehen auch in Sachsen die Pflicht des Bürgertums nicht. In einem Lande wie Sachsen, mit seiner dichten und schon vor dem Kriege stark radikalisierten Industriebewohner, in dem seit Jahrzehnten zwischen Unternehmern und Arbeitern die heftigsten wirtschaftlichen Kämpfe geführt werden mußten, stand man von vornherein dem Bündnis zwischen Sozialdemokraten und Deutschen Demokraten mit einem etwas besserem Gefühl gegenüber. Die Befürchtung traf in Sachsen ein, daß in wichtigen politischen Fragen die Mehrheitssozialisten fast regelmäßig der verbündeten bürgerlichen Partei ihren Willen ausprägen. Die Haltung der Demokraten war trotz aller Vorbehalte und Verhinderungen nur zu häufig ein ängstliches Zurückweichen vor den Wehrheitssozialisten, die mehr und mehr in Sachsen von den Unabgängigen gehoben werden. Solche schwächliche Politik verstimmt nicht nur in weiten Kreisen des gemäßigten Bürgertums, sondern auch in denen der Parteiangehörigen. Den stärksten Anstoß erregte jedoch die Unterstützung des Generalstreiks durch die Deutschen Demokraten bei dem Kapp-Putsch. Hiermit hat diese Partei das Empfinden vieler sächsischen Unternehmer so groß verletzt, daß sie an ihr vollkommen ir wurden. Sie waren gewohnt, in ihrer politischen Parteigebirgtheit auf einen Rückhalt gegen unbegrenzte wirtschaftliche und politische Arbeiterforderungen zu finden und sehen sich jetzt getäuscht. Viele bisherige Anhänger der Deutschen demokratischen Partei fürchten nunmehr, daß es dieser auch in Zukunft an Kraft fehlen werde, berechnete bürgerliche Ansprüche mit dem gebührenden Nachdruck zu vertreten. Das längst rege Mißtrauen wurde größer und kommt jetzt in der Abwanderung zum Ausdruck. Die nächste Reichstagswahl wird das zahlenmäßig beweisen.

Dr. Wiener gegen das „Berliner Tageblatt“.

Herr Dr. Wiener bittet uns um die Veröffentlichung folgender Erklärung:

Gegenüber den neuen persönlichen Angriffen des „Berliner Tageblattes“ stelle ich folgende Tatsachen fest: An den Verhandlungen, die der Gründung der deutschen demokratischen Partei voraus gegangen sind, habe ich im Auftrag der Fraktionskollegen als Vorsitzender der Geschäftsführenden Ausschüsse der Fortschrittlichen Volkspartei teilgenommen. Die Haltung, die ich in der West-Volks-Periode eingenommen habe, hat in jedem Stadium den Beschlüssen der Fraktionsgemeinschaft entspricht. Am Schluß der Tagung hat Hr. Schröder mit in herzlichen Worten den Dank der Kollegen für meine Haltung und Führung der Geschäfte des Vorstehenden ausgesprochen, die ein glattes u. harmonisches Zusammenwirken der in der Fraktionsgemeinschaft zusammengeschlossenen drei fraktionellen Parteien ermöglicht habe. Die Erklärung meiner politischen Überzeugung ist die Redaktion des „Berliner Tageblattes“ nicht abgelehnt, mich noch der West-Volks-Periode zu meine Mitarbeit zu bitten.

Weitere Austritte.

In der Berliner Kreisynode I erklärte der Synodale Dr. Falkenberg, er halte es für geboten, offen zu erklären, daß er ebenfalls aus der Demokratischen Partei ausgeschieden und Mitglied der Deutschen Volkspartei geworden sei. Ferner sind in Berlin noch folgende Persönlichkeiten ausgetreten, um sich der Deutschen Volkspartei anzuschließen: Frau Emmy Kanzer, bisherige Vorsitzende des demokratischen Vereins „Vorposten“, Antiquar a. D. Dr. Dr. Brandis, Bezirksvorsteher Scheibelweh, Bezirksvorsteher Karl Weber, Fabrikant Philipp Humberg, Kaufmann Hermann Einwaldt, Dr. med. Kurt Bendig, Frau W. Ball, Kaufmann Richard Achilles, Fabrikbesitzer C. Brunzlow, Kaufmann Otto Spendig, Bezirksvorsteher Hermann Schleich.

Der stellvertretende Stadverordnetenvorsteher Gebelmer Justizrat Harnier in Kassel legte sein Amt nieder und trat aus der Demokratischen Partei aus.

Berlin, 8. Mai. (Von unserem Berliner Büro.) Wie verlautet, ist der frühere nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Thoma aus der Demokratischen Partei ausgeschieden und hat sich der Deutschen Volkspartei angeschlossen.

Die Spaltung im Zentrum.

Für den dauernden Zusammenschluß aller rechtsstehenden Parteien.

München, 8. Mai. (Priv. Tel.) In einer in Bamberg abgehaltenen Generalversammlung des oberfränkischen christlichen Bauernvereins hielt der Landtagsabgeordnete Dr. Schlittenbauer eine zweistündige Rede, in der er erklärte, daß die Bayerische Volkspartei mit dem Reichstagszentrum solange keine gemeinschaftliche Arbeit mehr machen könne, als es nicht durch eine längerprobte Tätigkeit bewiesen habe, daß es von den Erzberger'schen Ideen abgerückt ist. Er machte auch davon Mitteilung, daß vor 14 Tagen in Regensburg mit dem Bund der Landwirte ein Abkommen zwischen dem Christlichen Bauernverein und dem Bund der Landwirte zustande gekommen sei, wonach sich beide Organisationen verpflichteten, sich bei den bevorstehenden Wahlen nicht zu bekämpfen, sondern sich gegenseitig zu unterstützen. Weiter hätten sich beide Organisationen verpflichtet, nach den Wahlen gemeinsam zusammenzuarbeiten zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Lande. Ein ähnliches Abkommen sei auch zwischen Mittelpartei und Bayerischer Volkspartei getroffen worden. Es bestehe die Hoffnung, daß bei den bevorstehenden Wahlen ein Bündnis geschaffen werde, der eine gesicherte Zukunft verspreche und die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Wiederaufbaus biete. Die Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Lande könne nur hergestellt werden durch einen dauernden Zusammenschluß aller rechtsstehenden Parteien. Es müsse ein Granitblock entstehen, auf dem die Regierung Fuß fassen kann. In Zukunft könne nur von rechts oder von links regiert werden. Die neue bayerische Regierung habe gezeigt, daß sie auch ohne die Sozialdemokraten ordnungsgemäß und freiheitlich regieren könne.

Die Lehrer und die Reichstagswahlen.

Der Zeitungsdienst des Deutschen Lehrervereins befaßt sich in sehr beachtlicher Weise mit den Forderungen, die die deutsche Lehrerschaft gegenwärtig erhebt. Wir geben diese Ausführungen auf Wunsch aus Lehrerkreisen gerne wieder:

Die wirtschaftliche Not des Lehrstandes wurde nicht behoben. Er nahm Teil an dem Herabfallen der geistigen Arbeiter. Soll aber der Volkstaat sich entwickeln, so darf der Mülltischer nicht besser gelohnt sein, als der Jugenderzieher.

Daß die Verfassung nicht die vollständige Einheitlichkeit des Schulwesens und des Lehrverhältnisses hat, ist bedauerlich, muß aber angesichts der Parteiverhältnisse einstweilen hingenommen werden. Ebenso ist die vollständige Zusammenfassung aller öffentlichen Bildungsarbeit in einer Reichshulverwaltung zur Zeit nicht möglich. Sie muß aber Ziel jeder zukunftsreichen und zukunftsreichen Regierung bleiben.

Der Anfang der Verwirklichung der Einheitschule im Grundschulgebiet, dem ersten Schulgebiet für den ganzen Umfang des Deutschen Reiches, wird in der Lehrerschaft anerkannt. Die Unzulänglichkeiten des Gesetzes liegen auf der Hand, seine erzieherische Wirkung wird indessen häufigen Volkserörterungen ein weiteres Vorgehen in derselben Richtung ermöglicht.

Nach anderen Seiten hin hat die Regierung und haben die maßgebenden Parteien der Nationalversammlung und der Staats- und Gemeindevereinigungen ihre Aufgaben auf dem Gebiete der öffentlichen Erziehung nicht begriffen und noch weniger erfüllt. Undurchsichtigkeit gegen geschäftlich begründete Anschauungen von Minderheiten, Mißgriffe in der Regelung der wirtschaftlichen Schulfragen, Besetzung einflussreicher Stellen in den Schulwesen nach parteipolitischen Rücksichten haben vielfach böses Blut gemacht. Daß sozialdemokratische Mehrheiten in den Staats- und Gemeindevereinigungen das Schulgeld auf ganz außerordentlich hohe Sätze erhöht haben, läßt erkennen, daß eine volle Wertschätzung der Erziehung bei ihnen noch fehlt. Ein Volksstaat gründet sich aber damit das Werk. Ihm muß die Erziehung an erster Stelle stehen, und die Jugenderziehung muß als unantastbar gelten, keinen Parteiwünschen zugänglich und dienstbar, lediglich durch die Rücksicht auf das Jugendwohl bestimmt. Nur so erwirbt eine Partei sich heute vollen Einfluß auf die Schule. Die Lehrerschaft, in deren Reihen man leider verlorcht, die Parteigegensätze zu verschärfen, wird jeder Partei, die ihre Maßnahmen auf dem Schulgebiete nach anderen Rücksichten als nach den Befehlen der Erziehungswissenschaft trifft, mit allen gesetzlichen Mitteln entgegenzutreten. Das ist ihre Lösung für die kommende Reichstagswahl.

Die Studentenschaft und die Parteien.

Aus akademischen Kreisen wird uns geschrieben:

Der Aufbruch des Reichsbundes deutsch-demokratischer Studenten wendet sich gegen die Bestrebungen rechtsradikaler Kreise, für die Reichstagswahlen eine Stellungnahme der Gesamtvertretung der deutschen Studentenschaft in ihrem Sinne herbeizuführen. Soweit es sich dabei darum handelt, die deutsche Studentenschaft auf irgendeinen parteipolitischen Standpunkt festzulegen, teilt der überwiegend größte Teil aller Studierenden die Ansicht des Aufbruchs; wenn aber in dem Aufbruch behauptet wird, daß diese Bestrebungen von rechtsradikalen Kreisen ausginge, so weiß jeder einsichtige Student, daß dieses leeres Gerede und, wie man aus den folgenden Zeilen des Aufbruchs ersieht, nur ein Agitationsmittel ist zur Werbung um Unterstützung der Demokratischen Partei im Wahlkampf.

Wie hat sich die Demokratie, gleichgültig welcher Schattierung, zu den Fragen, die die nächsten Interessen der deutschen Studierenden betreffen, verhalten?

Die Demokraten und ihre linken intimsten Freunde, die Sozialdemokraten, haben anfangs, als in den Novembertagen 1918 die ersten allgemeinen Studentenvereinigungen sich zusammenschlossen, dahin gedrängt, daß diese Vertretungen nicht nach natürlichen studentischen, sondern nach politischen Gesichtspunkten gewählt wurden. Sie hoben zuerst die Politik in die Hochschulen gewaltsam hineingetragen. Erst spät, als sie merkten, daß in den meisten Studenten gesundem Gefühl für ihre verschommenen Ideen, hinter denen meist keine praktischen Vorschläge standen, traten sie für eine Ausschließung der Politik aus den Studentenvereinigungen ein und gaben ihren politischen Zusammenschlüssen auf den Hochschulen harmlose Dedakane. So erklärt sich der besagte Aufbruch und der neue Zwangsersatz des preussischen Kultusministers über die Einrichtung von Studentenvereinigungen.

Ferner treten die Demokraten und Sozialdemokraten für sofortige Wiederherstellung der Gleichberechtigung aller Studierenden, auch der Ausländer, ein. Der Erfolg ist und würde sein eine Benachteiligung der deutschen Studierende, namentlich der Kriegsteilnehmer und Kriegsverletten, eine noch größere Ueberfüllung der Lehrstühle und Lehrinstitute. Ferner würde durch die bedingungslose Aufnahme von Ausländern an deutschen Hochschulen die Wohnungsnot vergrößert und die Zimmerpreise gewaltig verteuert werden; denn die meisten deutschen Studenten sind jetzt arm, die Ausländer dagegen reich.

Der deutsche Student, soweit er sich außerhalb der Hochschule an der Politik beteiligt, verlangt von einer Partei, daß sie sich dafür einsetzt, daß der Studierende innerhalb seiner Interessen auf der Hochschule völlige Selbstverwaltung erhält und diese als öffentlich-rechtlich von allen Behörden anerkannt wird und nicht durch unverständige Eingriffe von oben her gestört wird, daß ferner diese Partei die gegenläufige Ausländer schützt und für eine liberale und durchgreifende Reform des Lehrbetriebes und der Hochschulen unter Mitwirkung der Studierenden eintritt und die Freiheit der Lehre schützt.

Das große Tuberkulosegeschäft.

Wie die „Berliner Redaktion“ hört, ist das große Helsingische Institut in Gr. Lichterfelde für einige Millionen Mark von den Herren Scharz und Parous erworben worden und soll in ein Heil-Institut für Tuberkulose-Kranke umgewandelt werden, die dort mit dem Friedmannschen Tuberkulosemittel von Professor Friedmann als Privatpatienten behandelt werden. Das mit Mitteln von Scharz und Parous in der Scharnhorststraße in Berlin betriebene Unioveritäts-Tuberkulose-Institut bleibt weiter bestehen. Es hat amtlichen Charakter, während das Institut in Gr. Lichterfelde als Privatunternehmen der Herren Friedmann, Scharz und Parous besonders der Behandlung wohlhabender Privatpatienten widmen soll, aus deren Kreisen naturgemäß dem Friedmannschen Mittel nach der großen Annoncen-Propaganda, die amtlich für das andere Institut in der Scharnhorststraße gemacht worden ist, wachsendes Interesse entgegengebracht wird. Das Friedmannsche Mittel soll auch in Kürze

in den freien medizinischen Handel kommen. Die Dose soll 20 Mark kosten, während sich die eigentlichen Herstellungskosten auf etwa 2 Mark belaufen. Ohne daß der Heilwert des Friedmannschen Mittels bestritten werden soll, gewinnt man doch den Eindruck, daß nunmehr ein gewaltiges Privatgeschäft in Szene gesetzt wird, dem das amtliche Eintreten des Kultusministers Haenicke für Friedmann und dessen kapitalistischen Hintermänner Parous und Scharz recht gute Dienste getan hat.

Zur Abwicklung des alten Heeres.

Berlin, 7. Mai. (B. B.) Zur Frage der Abwicklung des alten Heeres wird von zuständigen Stellen mitgeteilt: Für die Abwicklung des Heeresabbaus werden im nächsten Halbjahr 1919 drei Milliarden bewilligt. Im Haushalt des Reiches für 1920/21 sind für diesen Zweck 2 1/2 Milliarden einstellt worden. Die Bedenken, die gegen diesen Etatposten im Parlament und in der Presse geäußert wurden, sind zur Klärung am besten eine Uebersicht über die Verteilung der Abwicklungsarbeiten entworfen. Die erwähnte Gesamtforderung von 5 1/2 Milliarden für die Zeit vom 1. Oktober 1919 bis 31. April 1920 teilt sich zusammen:

Für Rückführung unserer Kriegsgefangenen aus den Entente-Ländern und für Kosten, die uns die nicht in Deutschland befindlichen und von uns zu unterhaltenden Kriegsgefangenen (200 000) verursachen, waren zwei Milliarden anzuwenden. Die Abwicklung der Beiträge und Kriegsverlorenen, die Abwicklung der Kriegsverlorenen und Verbindlichkeiten des Militärstaats erforderten 2 1/2 Milliarden. Zur Unterhaltung des Verwaltungsapparates der Heeresabwicklung, der den Heerführer-Dienst der Kriegsgefangenen und den Dienst an die russischen Kriegsgefangenen einrichtet, ist eine Summe von 1/2 Milliarden erforderlich, einschließlich eines Bezuges von 140 Millionen Mark für Gehaltsrückstände abzuwickeln. Der Personalüberseher. Zu bezeichnen ist, daß der alte Zweck der Abwicklung der Abwicklung über die Gesamtausgaben für Heeresabwicklung, die für die ganze Dauer des Krieges auf 125 Milliarden schätzungsweise zu veranschlagen sind. Weber das finanzielle Interesse des Reiches, nach die aus dem Krieg abzuwickelnden rechtlichen Ansprüche der Staatsbürger gestalten es, daß die gewaltige Arbeit der sachgemäßen Abwicklung der alten Heeresverwaltung über die Jahre abgetragen werden. Im Anbetracht des ungeheuren Umfangs des interessierten Bevölkerungsteils und der Millionenzahlen der Kriegsverlorenen sind die Verwaltungsstellen in der Höhe von nicht ganz 1/2 Milliarden in ansehnlich Jahren durchaus nicht unerschwinglich. Der Abwicklungsapparat wird überaus dauernd abgebaut. Am 1. April 1920 ist im gesamten Bereich der Heeresabwicklung die Zahl der dort Tätigen von 115 000 auf 65 000 Köpfe, also um 45 Proz. vermindert worden und eine Dienststellenverminderung von 20% auf 12 000 Stellen, also um 25 Prozent eingeplant. Zum 1. Oktober wird eine weitere Verminderung des Personals und der Dienststellen eintreten.

Baden.

Zur Neuordnung des Eisenbahnwesens.

Karlsruhe, 7. Mai. (Priv. Tel.) Nachdem der Staatsrat über den Übergang der Staatseisenbahnen auf das Reich die Genehmigung der verfassungsgemäßen Verhältnisse des Reichs und der beteiligten Länder erhalten hat und veröffentlicht worden ist, ist mit Wirkung vom 5. Mai eine Neuordnung der Reichseisenbahnen in Kraft getreten. Nach derselben steht an der Spitze der Reichseisenbahn-Verwaltung der Reichsverkehrsminister. Er ist seine Befugnisse durch die Eisenbahn-Abteilungen und durch die Inspektoren der Reichseisenbahnenbetriebe aus. Zweckmäßig für die baltischen Staatsseisenbahnen ist die teilweise Eisenbahnabteilung des baltischen Finanzministeriums unter der Bezeichnung „Reichseisenbahndirektion Ostpreußen“ unter ihm steht die Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe und die nächstbesten Dienststellen.

Letzte Meldungen.

Untersuchung gegen Erzberger.

Berlin, 8. Mai. (Von unv. Berl. Büro.) Wie der Sozial-anzeiger hört, hat die Staatsanwaltschaft eine Untersuchung gegen Erzberger wegen seiner falschen Steuererklärungen eingeleitet.

Die Wirtschaftsverförmung der Pfalz.

München, 8. Mai. (Priv. Tel.) Wie die „Münd. Anz.“ zuverlässig hört, finden heute in der Rheinpfalz (Neustadt) wichtige Besprechungen statt, die grundlegend für die Verörmung der Pfalz im nächsten Wirtschaftsjahr sein werden. Zwei Vertreter des bayerischen Landwirtschaftsministeriums werden an dieser Beratung teilnehmen. Man erwartet auch das Erscheinen des Unterstaatssekretärs im Reichsernährungsministerium, Huber. Weiter werden Vertreter der besehnen Gebiete an der Beratung teilnehmen, ebenso Abgeordnete der pfälzischen Landwirtschaft.

Der Streik der Binnenschiffer.

Berlin, 7. Mai. (B. B.) Zum Streik der Binnenschiffer wird aus dem Reichsministerium mitgeteilt: Die neue Verordnung, die unser Wirtschaftswesen durch den Streik der Binnenschiffer erleiden hat und der sich über die ganze Oder, Elbe und die märkischen Wasserstraßen ausbreitet, hat den Reichsverkehrsminister veranlaßt, sich durch Ueberprüfung eines weiteren Streiks zur mündlichen Befehrsung über die Lage zu unterrichten. Nach Prüfung der Verhältnisse hat der Reichsverkehrsminister nicht beantragt, seinerseits in den Streik einzugreifen oder Verhandlungen mit den Streikenden zu empfangen. Er hat davon ab, weil es sich um einen von den maßgebenden Zentralorganisationen der Arbeiter nicht gebilligten Streik handelt, durch den der erst vor kurzem abgeschlossene Tarifvertrag gebrochen würde.

Der Streik der Bankbeamten.

München, 7. Mai. (WB.) Die Münchener Banken haben heute an die streikenden Beamten und Angestellten ein Rundschreiben gerichtet, in dem die Streikenden aufgefordert werden, morgen die Arbeit wieder aufzunehmen, widrigenfalls sie entlassen sein.

Die zweite Zone will bei Deutschland bleiben.

Jensburg, 7. Mai. (WB.) Der deutsche Ausschuss für Schleswig hat dem deutschen Vertreter bei der internationalen Kommission eine Erklärung gegen die Internationalisierung mit 36 000 Unterschriften aus der zweiten Zone überreicht, die wie folgt lautet: Wir haben durch die Abstimmung am 14. März bewiesen, daß wir Deutsche sind und bei Deutschland bleiben wollen. Wir weisen alle Versuche seitens der Dänen und gewisser Kriegsgewinnler, uns trotzdem an Dänemark anzuschließen oder hier einen Freistaat zu errichten, entrüstet zurück. Die dänischen Behauptungen über Unterdrückungen durch uns Deutsche sind erlogen. Wir lebten früher mit den Dänen in Frieden und werden auch zukünftig mit ihnen in Frieden leben. Wir wiederholen: Deutsch sind wir und deutsch wollen wir bleiben!

Verurteilung eines Kabarett-Sängers.

Darmstadt, 7. Mai. (WB.) Von der französischen Division in Frankfurt wurde ein Humorist, der in einem kleinen Kabarett das Lied vom deutschen Reich, der sich nicht die Kopfsteine über den Kopf ziehen lassen soll, zu 8 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Besitzer des Lokals wurde zu einer Geldstrafe von 500 Mark und zur Schließung seines Lokals auf zwei Tage verurteilt. Französische Offiziere, die der Vorlesung beimohnten, nahmen Anstoß an dem Vortrag und machten Meldung bei der Division, worauf die Verurteilung erfolgte.

Berlin, 8. Mai. (Von unv. Berl. Büro.) Wie das „Echo de Paris“ erzählt, wird aus dem französischen Ministerium des Reichens nachdrücklich die Nachricht eines englischen Stattdementen, wonach die Regierung in Frankfurt vor dem Zusammentritt der Konferenz in Spa erfolgen wird.

Sitzung des Bürgerausschusses am Freitag, den 7. Mai 1920.

Oberbürgermeister Dr. R u g e r eröffnet um 8.45 Uhr die Sitzung in Anwesenheit von 78 Mitgliedern. Da Lohn- und Gehaltsfragen auf der Tagesordnung stehen, so ist die Galerie bei Eröffnung der Sitzung schon gut besetzt.

Der erste Punkt der Tagesordnung betrifft den Ausbau der städtischen Fernsprecheinrichtung im Rathaus N 1 (Kreditnachbewilligung.)

Der Stadtrat hat für den Ausbau der städt. Fernsprecheinrichtung im Rathaus N 1 weitere 56 000 M. aus „Unvorhergesehenen“ des Hauptvoranschlags bewilligt. Wie aus der Begründung der Vorlage hervorgeht, wurde mit Zustimmung des Bürgerausschusses vom 3. Oktober 1919 für den vorliegenden Zweck 15 500 M., darunter rund 3000 M. für bauliche Arbeiten, bewilligt. Neuerdings hat die Fernsprech-Bauabteilung abermals auf die außerordentlichen Preissteigerungen hingewiesen und zugleich bemerkt, daß unter diesen Verhältnissen die auf die Stadt entfallenden Kosten unter Umständen über 65 000 M. betragen würden; Mitte März 1920 ist noch eine weitere Erhöhung um 8500 M. eingetreten. Da das Maschinenamt die Beschaffung von Glühlampenstrahlern vom betriebstechnischen Standpunkt aus für dringend notwendig hält und darauf verweist, daß der Fernsprechverkehr mit den vorhandenen Vermittlungsschritten sehr mangelhaft und auch zeitraubend sei, läßt sich die Mehrausgabe nicht umgehen. Wenn die erforderlichen Schränke trotz rechtzeitiger Bestellung bis jetzt nicht geliefert worden sind, so ist dies darauf zurückzuführen, daß der Bestand an Glühlampenstrahlern nach Mitteilung des Telegraphen-Apparatesamtes Berlin vom November 1919 damals völlig erschöpft war; vor drei bis vier Monaten war mit der Lieferung gar nicht zu rechnen, da die Herstellung auch von den herrschenden Streiks ungünstig beeinflusst wurde. Es ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß nunmehr die Lieferung alsbald erfolgt. Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Erwerbung von Grundstücken kraft Vorkaufsrechts aufgrund des Sperrgesetzes und Verpachtung von Grundstücken.

Die Stadtgemeinde hat das Vorkaufsrecht bei fünf Hausgrundstücken in Rheinau, Redarau und Feudenheim ausgeübt. Zur Verpachtung des Kaufpreises und der Erwerbskosten werden 48 500 M. aus einer Verwendungssumme von 10 Jahren zur Verfügung gestellt. Von den Grundstücken werden drei Grundstücke verpachtet, zwei auf unbestimmte Zeit zum Pachtzins von jährlich 120 M., eins bis März 1928 zu jährlich 100 M.

Stv. B. Seizinger (U. S. P.) begründet die Vorlage und empfiehlt sie zur Annahme.

Stv. Wending (Mittler-Gr.) kommt auf das Sperrgesetz zu sprechen. Zuerst Baden sei ein solches Gesetz auch in Sachen erlassen worden, wo schwere Strafen bei Nichterhaltung des Gesetzes angebracht sind.

Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Erwerbung der Neubauten Kornstraße 7 und 9 und Ede Wachtstraße 41/Alteisenstraße 4 in Waldhof.

Stadtratsbeschl. 1. Die Baupläne No. 8807a und 8807b Kornstraße 7 und 9 in Mannheim-Waldhof, Eigentum der Mannheimer Hausbaugesellschaft m. b. H., werden nebst den darauf erstellten Bauteilen zum Preise von 52 500 M. von der Stadtgemeinde erworben. Die auf den beiden Bauplänen in Angriff genommenen Neubauten sollen nach den bereits genehmigten Plänen mit einem Aufwand von 700 000 M. durch das Hochbauamt fertiggestellt werden. Zur Befreiung des Erwerbspreises, der Kauf- und Baukosten sollen 51 600 M. Grundstückerlöse und 700 900 M. Anlehensmittel verwendet werden. 2. Der Bauplan No. 8881 a, Ede Wachtstraße 41/Alteisenstraße 4 in Mannheim-Waldhof, Eigentum der Kaufmann Valentin Hoot Chefrau in Mannheim-Waldhof, wird nebst den darauf erstellten Bauteilen zum Preise von 22 300 M. von der Stadtgemeinde erworben. Der auf dem Bauplan in Angriff genommene Neubau soll nach den bereits genehmigten Plänen mit einem Aufwand von 333 000 M. durch das Hochbauamt fertiggestellt werden. Zur Befreiung des Erwerbspreises, der Kauf- und Baukosten von zusammen 333 300 M. sollen 44 700 M. Grundstückerlöse und 311 600 M. Anlehensmittel verwendet werden.

Begründung: Bei Beginn des Weltkrieges waren auf den Grundstücken Kornstraße 7 und 9 und Ede Wachtstraße 41/Alteisenstraße 4 in Waldhof Neubauten in Angriff genommen. Sie wurden von den Bauherren zunächst eingestell und konnten später wegen Fehlens von Arbeitskräften und wegen Baumaterialknappheit nicht mehr vollendet werden. Die Eigentümer der 3 Neubauten haben nunmehr die Grundstücke mit den darauf erstellten Bauteilen der Stadtgemeinde zum Kauf angeboten. Die Kaufverhandlungen führten zu einer Einigung auf der Grundlage, daß die beiden Neubauten Kornstraße 7 und 9 zum Preise von 52 500 M. und der Neubau Ede Wachtstraße 41/Alteisenstraße 4 zum Preise von 22 300 M. der Stadtgemeinde überlassen werden. Bei den Neubauten Kornstraße 7 und 9 handelt es sich um 2 Baupläne im Maße von 445 und 446 Qm. Der Erwerb der beiden Baupläne vom Jahre 1915 betrug 17 780 M. Auf jedem Bauplan befindet sich ein Neubau, der bis Obersteine Erdgeschos (einschließlich Gebäudeteile) ausgeführt ist. Die Häuser werden dreistöckig mit ausgebautem Dachgesch. In jedem Haus entstehen 8 gesunde Wohnungen von je 2 Zimmern, Bad und Klosett. Der Friedenswert der ausgeführten Bauten und der bereits vorhandenen noch nicht versehenen Haussteine ist für jedes Gebäude mit rund 14 000 M. anzunehmen, so daß, wenn man noch den inzwischen eingetretenen Zinsverlust in Rechnung stellt die Verkäufer kaum mehr als Ertrag ihrer Selbstkosten erhalten. Zur Fertigstellung der beiden Neubauten sind nach dem Voranschlag des Hochbauamts rund 700 000 M. erforderlich, so daß die beiden Häuser auf 752 500 M. zu stehen kommen. Der Ertragswert der beiden Häuser ist nur zu 51 600 M. anzunehmen; es verbleibt mithin ein ungedeckter Aufwand (verlorene Baukosten) in Höhe von 700 900 M. Zur teilweisen Deckung dieser verlorenen Baukosten wird ein Bauarlehen beantragt werden. Der Bauplan Ede Wachtstraße 41/Alteisenstraße 4 ist 232 Qm. groß. Es ist darauf ein 5stöckiger Neubau mit ausgebautem Dachstock in Angriff genommen, der 8 Zweizimmerwohnungen und 4 Einzimmerwohnungen erhalten soll. Das Kellergeschos ist im Rohbau fertiggestellt; die Umfassungsmauern des Erdgeschosses sind bis auf die vorgegebene Etzhöhe hochgeführt, die Zwischenwände nur teilweise. Das vorhandene Mauerwerk des Erdgeschosses ist zum Teil beschädigt und verwittert, so daß es an einigen Stellen in Höhe von bis zu 1 Meter abgebrochen werden muß. Die ersten Baumerke haben einen Friedenswert von 9200 M.; die Strohkosten sind bezahl. Auch in diesem Falle erhält der Verkäufer nur die Selbstkosten. Die Wollendung des Hauses wird nach dem Voranschlag des Hochbauamts 333 000 M. kosten, so daß die Stadtgemeinde im ganzen 333 300 M. aufzuwenden haben wird. Hieron kann nur der Betrag von 44 700 M. aus Miteinnahmen perzinst und gezinst werden; 310 600 M. muß also den verlorenen Bauaufwand dar. Auch bei diesem Bau wird der Versuch gemacht werden, ein Bauarlehen zu erhalten.

Stv. B. R o l l (Ztr.) empfiehlt die Vorlage in längeren Ausführungen zur Annahme, was auch erfolgte.

Befreiung von Hochwassererschäden.

Stadtratsbeschl. 1. Für die Befreiung der aus Anlaß des Hochwassers vom 22. Dezember 1919/17. Januar 1920 entstandenen Schäden an den Hochhäusern, für die Wiederinstandsetzung der gebrochenen und beschädigten Dämme und zur Wiederherstellung beschädigter Strohkubden wird der Betrag von 444 400 M. aus Anlehensmitteln mit einer Verwendungsfrist von 10 Jahren bewilligt. Begründung: Die Stadtgemeinde Mannheim ist durch das Hochwasser vom 22. Dezember 1919/17. Januar 1920 schwer geschädigt worden. Die Wassermassen haben an verschiedenen Stellen die Dämme durchbrochen, Hochhäusern weggerissen, Straßen und Wege überflutet und verschlamm. Für die Wiederinstandsetzung der gebrochenen und beschädigten Dämme sowie zur Wiederherstellung beschädigter Strohkubden ist ein Gesamtaufwand von 444 400 M.

erforderlich. Die Arbeiten sollen teils durch das städtische Tiefbauamt, teils durch Unternehmer zur Ausführung kommen. Mit Rücksicht auf die großen Gefahren bei einem etwa neu auftretenden Hochwasser mußte ein Teil der Arbeiten unverzüglich zur Erledigung gebracht werden, ein Teil jedoch, insbesondere die an Unternehmern in Auftrag zu gebenden Arbeiten, ist noch, und zwar so rasch als möglich, in Angriff zu nehmen. Der Gesamtaufwand von 444 400 M. ist aus Anlehensmitteln mit einer Verwendungsfrist von 10 Jahren zu decken. — Dabei ist noch mit einer Erhöhung des obigen Betrages zu rechnen, wenn die Steigerung der Löhne und Preise weiter anhält; die einmalige Nachbewilligung von Mitteln hierfür wird später erbeten werden. Hervorgehoben wird noch, daß in dem obengenannten Betrage keineswegs alle der Stadt durch das Hochwasser entstandenen Schäden einbezogen sind, insbesondere nicht die aus dem Bereiche der Gartenbauverwaltung, für welche die Einbringung einer weiteren Vorlage vorbehalten wird. Die zur Erlangung einer staatlichen Beihilfe erforderlichen Anmeldungen sind bewirkt worden. Ob aber mit Zuschüssen durch den Staat zu rechnen ist und damit die für die Stadt Mannheim in Frage stehende Belastung sich vermindert, erscheint sehr zweifelhaft.

Stv. B. R o l l (Ztr.) empfiehlt die Vorlage zur Annahme. Stv. Kaiser (Ztr.) bringt verschiedene Wünsche zum Vortrag. Stv. G e d (Soz.) spricht über den Redaraukanal und erlucht, um besseren Hochwassererschutz bemüht zu sein. Stadtbaurat E l l e n t o h r bemerkt dazu, daß nach dem staatlichen Entwurf der Kanal etwa beim Friedhof in den Redarau einmünden würde. Dadurch würden künftig Ueberschwemmungen vermieden.

Die Vorlage wird hierauf einstimmig angenommen. Ergänzung des Tarifvertrages mit den städt. Arbeitern vom 8. Mai 1919.

Stadtratsbeschl. 1. Die zwischen dem Badischen Städteverband und dem Verband der mittleren Städte Badens einerseits und dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband und dem Verband der Gemeindefreier und Straßenbahner Deutschlands andererseits in Ergänzung des im Jahre 1919 abgeschlossenen Tarifvertrages neu getroffene Vereinbarung wird in der für Mannheim geänderten Fassung genehmigt. 2. Den Mannheimer Arbeitern der Gruppen 1 bis mit 3 wird zu dem sich aus der Vereinbarung ergebenden Gesamtlöhne eine widerrufliche Arbeitszulage von 4 M. für Beheratete und 2 M. für über 24 Jahre alte Bedigte gewährt.

Begründung: Die Frage wegen Ergänzung des Tarifvertrages 1919 wurde von einem vom Städteverband und den genannten Arbeitnehmerverbänden zusammengesetzten Unterausschuß in mehreren Sitzungen in Karlsruhe beraten und in der Sitzung vom 9. April 1920 durch Annahme der vorgeschlagenen Fassung geregelt. Die Mannheimer Arbeitervertreter haben sich dort schon einen Sonderzuschlag, wie sie ihn bisher in Anbetracht der teureren Lebensverhältnisse in Mannheim gegenüber den anderen badischen größeren Städten bezogen haben, vorbehalten. In den nachfolgenden Verhandlungen haben die Mannheimer Arbeiter eine Erhöhung des Ortszuschlages von 10 M. auf 20 M. gefordert. Der Stadtrat hat jedoch eine derartige Erhöhung als in den Teuerungsverhältnissen Mannheims gegenüber den anderen badischen Städten völlig unbegründet, abgelehnt. Da aber die Mannheimer Arbeiter in bezug auf Entlohnung gegenüber jenen der anderen badischen größeren Städte mit Rücksicht auf die Verhältnisse in der hiesigen Privatindustrie eine Sonderstellung eingenommen haben und der Badische Staat seinen in Mannheim wohnenden Arbeitern ebenfalls einen Sonderzuschlag über die in anderen badischen Städten gewährten Löhne hinaus bewilligt hat, wurde unter Vernehmung einer der gestellten Forderung entsprechenden erhöhten Teuerung Mannheims die obige Sonderzulage bewilligt. Bei der Berechnung von Ueberstunden bleibt diese Zulage außer Betracht. In Ziff. 4 wird die nach dem Karlsruher Abkommen den Vorarbeitern zugewilligte Zulage von jährlich 120 M. auch den Feuerhausarbeitern des Gaswerks sowie den Helfern und Schläfenarbeitern des Elektrizitätswerks gewährt. Diese Arbeitergruppen haben nach dem Tarifvertrag von 1919 schon eine Sonderzulage von täglich 1 M. bezogen, wodurch sie den Vorarbeitern im Löhne gleichgestellt waren. Eine Verschlechterung dürfte deshalb auch im neuen Tarif nicht eintreten. In Ziff. 5 wurde dem Antrag der Mannheimer Arbeiter auf Gewährung eines besonderen Zuschlages für die Nachschichtarbeiter der Werke und der Straßenbahn im Hinblick darauf, daß auch der Staat schon seinen Nachschichtarbeitern einen Zuschlag von 4 M. bewilligt, den die Städte Freiburg und Konstanz schon überschritten haben, in der bezeichneten Weise entsprochen. Bei der Berechnung von Ueberstunden bleibt diese Zulage außer Betracht. Das Karlsruher Abkommen sieht eine Zulage von monatlich 20 M. für jedes Kind vor. Die Mannheimer Arbeiter ohne Stadtarbeiterereignis erhalten diesen Betrag schon seit 1. Januar 1920. Den Arbeitern mit Stadtarbeiterereignis, die seit dem 1. Jan. 1920 für das 3. und jedes weitere Kind höhere Zulagen beziehen, als sie im Karlsruher Abkommen vorgesehen sind, sollen diese Zulagen ebenfalls werden. In Ziff. 7 wurde in der letzten Sitzung des Unterausschusses der bisherige Prozentsatz für Ueberstunden von 33 1/3%, 66 2/3% und 100% auf 25%, 50% und 75% ermäßigt. Die hiesigen Arbeitervertreter haben darum nachgefragt, ihnen die bisherigen Prozentsätze bei der Berechnung zu belassen. Der Berechnung der Ueberstunden sollen aber nur Grundlohn und Ortszuschlag zugrunde gelegt werden. Da der finanzielle Effekt der gleiche ist, hat der Stadtrat dem Ansuchen entsprochen.

Der durch obige Regelung entstehende Mehraufwand beträgt 1. für die aus der Karlsruher Regelung sich ergebenden Lohnerhöhungen rund 2 400 000 M., 2. für die weiter zu gewährenden Arbeitszulage 3 350 000 M., 3. für Gewährung der Vorarbeiterzulage auch an die Feuerhausarbeiter usw. 10 000 M., 4. für Gewährung des Zuschlages an die Nachschichtarbeiter 160 000 M., zusammen 5 920 000 M. Davon entfallen auf die Werke 1 500 000 M. auf die Straßenbahn 1 200 000 M., so daß noch zu decken sind 3 220 000 M. Der Mehraufwand soll, soweit er nicht auf die Werke und die Straßenbahn entfällt, in den Voranschlag eingestellt werden.

Vorausleistung auf die Neuregelung der Beamtenbezüge infolge der Reichsbesoldungsordnung.

Stadtratsbeschl. 1. Die Beamten und Angestellten der Stadtgemeinde und ihrer Anstalten einschließlich des Lehrpersonals werden grundsätzlich ab 1. April 1920 den Reichsbeamten gleicher Art hinsichtlich der Besoldung gleichgestellt. Nach Veröffentlichung der Reichsbesoldungsordnung im Reichsgesetzblatt ist unverzüglich dieser Grundsatze zu verwirklichen. 2. Einmalig wird auf die hiernach zu gewährenden Mehrbezüge an die Beherateten und an die über 24 Jahre alten Bedigte für die Monate April und Mai eine Vorauszahlung von je 200 M. geleistet.

Begründung: Die Beamtenverbände legen größtes Gewicht auf die Angleichung ihrer Bezüge an jene der Reichsbeamten nach Maßgabe der neuen Reichsbesoldungsordnung. Einige der Länder haben den Anschluß an diese Regelung bereits angeordnet. Sie ist auch für die Gemeinden, insbesondere die Städte, unerschwinglich. Es ist sogar wahrscheinlich, daß diese Angleichung im Reichsgesetz selbst befohlen ist. Der Wortlaut des nach Zeitungsberichten am 28. April 1920 von der Nationalversammlung verabschiedeten Reichsgesetzes ist noch nicht bekannt. Bis das Gesetz erlischt, und die Angleichung der städtischen Beamten an die Klassen des Reichsarbeitsgesetzes erfolgt sein wird, werden einige Wochen vergehen. In der Zwischenzeit bedingt die Erhöhung der Arbeiterlöhne für diejenigen Beamtenklassen, die nach bisheriger Regelung den Bezug des Einkommens bestimmter Arbeiterklassen gemindert erhielten, eine vorläufige Regelung. Diese Regelung ist oben getroffen. Die Ordnung der Deduktionsfrage muß der letztzeitigen Vorlage über die Angleichung an die Reichsbesoldungsordnung vorbehalten bleiben.

Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters werden die obigen beiden Vorlagen zusammen beraten.

Stv. B. R e i f f l e (Soz.) ergeht sich in längeren Ausführungen über die Vorlage. Er verweist insbesondere auf die schädliche Finanzlage der Stadt. Die Straßenbahn sei nicht in der Lage, die erhöhten Ausgaben hereinzubringen. Es hat eben alles einmal seine Grenzen. Die Wohnungspolitik, die die Stadt bisher verfolgt hat, wird durch die Tarifserhöhung über den Haufen geworfen. Aber der Stadt östet nichts anderes übrig. Wo wir nun die Mark 3 Millionen hereinnehmen sollen, wissen wir nicht. Das Reich hat uns die besten Steuern weggenommen, und wir wissen nicht, wo wir die erhöhten Aufwendungen nehmen sollen. Der Stadtrat hat alles getan, was er verantworten kann. Redner empfiehlt die Vorlage zur Annahme.

Oberbürgermeister Dr. R u g e r verweist auf die eigenartige Lage der Stadt als Arbeitgeber. Die Stadt habe ein großes Heer von Beamten und Arbeitern, die nicht produktiv arbeiten. Nur ein Teil der Arbeiter und Beamten arbeite unmittelbar produktiv, indem durch deren Tätigkeit Geld hereinkomme. Die Forderungen und Aufwendungen gehen nun weit über die Einnahmen hinaus. Die Stadt würde sich verantwortlich machen, wenn sie blind Forderungen gegen sich schaffen würde, die sie schließlich nicht einlösen kann. Was mit dem geschieht, der bewirkt höhere Ausgaben macht, als er Einnahmen aufzuweisen hat, darüber geben die betreffenden gesetzlichen Strafbestimmungen Auskunft. Der Oberbürgermeister ergeht sich sodann in längeren finanziellen Darlegungen und bemerkt im Anschluß daran, daß die Stadt jetzt schon ein Defizit hat, von dem man nicht wisse, wie es zu decken sei. Die Straßenbahn müßte ungefähr 4 Millionen M. mehr aufbringen. Die Stadtverwaltung habe die Pflicht, dies Geld hereinzubringen, sei es durch Tarifserhöhung oder zeitweilige Einschränkung des Betriebes. Der Etat 1919 hat abgeschlossen zunächst mit 44 Millionen M. Umlage, der Etat 1920 in seiner vorläufigen Aufmachung 88 Millionen M. Die Schulden wachsen ins Unermeßliche. Wir müssen immer weiter Geld aufnehmen. Wir arbeiten nur mit Boranschlag. Die Stadt muß sich äußerster Sparsamkeit auflegen. Eine Ausnahme wird gemacht bei zwei Gütern: 1. für die Bildung der Jugend und 2. für diejenigen höchsten Güter, die den Menschen in der schwersten Zeit, die er durchleben muß, aufrecht erhalten, das ist Dichtung und Kunst. Der Oberbürgermeister gibt im weiteren Verlauf seiner Ausführungen der Hoffnung Ausdruck, daß das Reich entsprechende Zuschüsse zu der Reichsbesoldungsordnung leisten. Zu den Forderungen der Arbeiter und Beamten übergehend, stellt der Oberbürgermeister fest, daß es sowohl technisch wie auch nach der Seite der Verantwortung und für die Deckung unmöglich sei, weitergehende Forderungen zu erfüllen.

Stv. B ü h l e r (Dem.) konstatiert, daß ein großer Teil des Volkes auskömmlich lebt, während dies den Beamten nicht möglich ist. Es sind die Schieber und Schleihändler, die Geld und zu leben haben. Diesen gehört einmal mit aller Energie zu Leibe gegangen. Gerade beim Waimarktrenten habe man es gesehen, in welcher leichtfertiger Weise diese ihr Geld verschleudern. Was hier die städtischen Beamten und Arbeiter fordern, das brauchen sie zum Leben, das muß ihnen gegeben werden. Redner bringt eine Reihe von Wünschen zur Sprache und erlucht, daß auch den Wünschen der unter 24 Jahre alten Beamten und Arbeitern Rechnung getragen wird. Wir alle wissen, daß wir uns in einer außerordentlichen Notlage befinden. Die Stadtverwaltung sollte diesem Umstand Rechnung tragen und deshalb auch rechtzeitig mit den Vertretern der Arbeiter und Beamten verhandeln. Er hofft, daß die Beträge morgen den Arbeitern und Beamten ausbezahlt werden.

Oberbürgermeister Dr. R u g e r antwortet, daß die Vorwürfe, als ob der Stadtrat zu langsam gearbeitet und die Summe verschleppt habe, bei Gehalts- und Lohnforderungen üblich sind. Die Verhandlungen sind geführt worden von den Verbänden. Der Stadtratsbeschl. ist schon Mitte April gefaßt worden. Inzwischen konnten aber die neuen Forderungen.

Stv. R o s e s (Deutschl.) stellt die Frage in den Vordergrund: Woran liegt es, daß wir die Forderungen nicht erfüllen können und bemerkt: Unter ganzes Wirtschaftsleben liegt am Boden. Obwohl unsere Löhne gestiegen ist, so sind doch die Lebensmittelpreise in demselben Maße gestiegen. Wir müssen mit aller Macht darauf dringen, daß unser Wirtschaftsleben wieder ein solches wird. Das Schicksal muß erfüllt werden durch den ehrlichen Kaufmann. Unsere Stadterwaltung muß alle Kräfte einlegen, um bei den maßgebenden Stellen dahin zu wirken, daß wir in aller Kürze eine andere Wirtschaftsordnung im Reiche bekommen.

Stv. P e r r e z (Deutschl.) erklärt, daß seine Fraktion der Vorlage zustimme. Er befürwortet, daß auch an die Pensionäre etc. Vorzuschüsse ausbezahlt werden, da diese sehrnützlich auf die Erledigung der Vorlage vom 26. März waren. Was heute in Vorlage 6 genehmigt wird, sollte auch auf die Pensionäre und Witwen ausgedehnt werden.

Stv. B. S e i z i n g e r (U. S. P.) betont, daß die Arbeiter mit dem, was der Stadtrat ihnen geben will, nicht zufrieden sind. Ein Stundenlohn von 5.60 M. für die städtischen Arbeiter reicht nicht aus, um seine Bedürfnisse zu befriedigen. Zwei Dinge sind es, die nicht vernachlässigt werden dürfen, das ist 1. die Erhaltung der Gesundheit unserer Jugend und 2. die Erhaltung der Arbeitskraft unserer Arbeiter. Die Arbeiter und Beamten müssen diese Löhne haben.

Stv. K r a f t (Soz.) spricht in längeren Darlegungen über die Vorlage, für die seine Fraktion eintritt. Als Redner von großen Zuständen verantwortlich, wird er von der Galerie durch Zwischenrufe unterbrochen. Man vertonne seinen Augenblick die Not der städtischen Arbeiter und Beamten, die ja außerordentlich groß ist. Aber es gebe auch Leute, die ebenfalls unter dieser Notlage schwer zu leiden haben und nicht dieses Gehalt und nicht diesen Lohn haben. In der Vorlage sei das Mächtige geboten.

Stv. D r. R o e t e l (Ztr.) ist aufgefalle, daß der Vertreter der U. S. P. zuerst die Vertreter der anderen Parteien sprechen ließ. Der Stadtrat habe das getan, was er konnte. Im Augenblick sei nicht mehr zu machen, da das Reich wohl keine Zuschüsse herbeibringe. Mit den Streikdrohungen sollte man doch einmal aufhören. Es wäre doch nützlich, daß jeder Arbeiter an seinem Platz etwas Erspriechliches arbeite.

Stv. B. S e i z i n g e r (U. S. P.) präzisiert nochmals seinen Standpunkt zu den Vorlagen. Man mache das Reich für die jetzigen Zustände verantwortlich und deshalb habe das Reich auch die Pflicht, hier helfend einzugreifen.

Stv. K r a f t (Soz.) polemisiert gegen den Vorredner.

Stv. B. S e i z i n g e r (U. S. P.) ergeht sich und erhält auch zum dritten Male das Wort.

Oberbürgermeister Dr. R u g e r erlucht die Galerie, sich ruhig zu verhalten.

Stv. S c h w a r z (U. S. P.) konstatiert das Bestreben seiner Partei, die Klassenunterschiede abzusuchen.

Stv. R i h e r t (Soz.) führt aus, daß der ganze Stadtrat sich auf den Boden der beiden Vorlagen gestellt habe. Auch seine Fraktion stehe auf dem Boden der Vorlagen und habe sich von den Gesichtspunkten leiten lassen, daß die Forderungen der Arbeiter und Beamten berechnungsmäßig sind. Wir sind aber nicht in der Lage, über den Rahmen der städtischen Vorlage hinauszugehen. Was über den Rahmen der Vorlage hinaus gesprochen wird, das sind leere Worte an die städtischen Beamten und Arbeiter, die denselben in Wirklichkeit nicht helfen.

Weiter sprechen noch die Stv. B ü h l e r (Dem.), R o e t e l (Ztr.) und Stv. B. S e i z i n g e r, der zum vierten Mal spricht und sich gegenüber dem Stv. B ü h l e r (Dem.) in scharfen Worten ergeht. Nachdem Stv. B ü h l e r seine Ausführungen nochmals wiederholt, greift Oberbürgermeister Dr. R u g e r vermittelnd ein.

Stv. A p p e l (U. S. P.) steht auf dem Standpunkt, daß man den städtischen Arbeitern nicht zumuten könne, auf ihr Streikrecht zu verzichten. (Allseitige Zurufe: Das ist eine Aufforderung zum Streik!)

Sta. Braun (Str.) verbreitet sich noch in Kürze über die Vorgänge.
Die beiden städtischen Vorlagen 5 und 6 wurden hierauf einstimmig angenommen. Der Antrag Verrey, Pensionisten und Witwen einen Zuschuß zu gewähren wird gleichfalls angenommen. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.
Schluß der Sitzung 6.30 Uhr.

Betrachtungen über die gestrige Bürgerauschuss-Sitzung.

Auf der Tagesordnung der gestrigen nachmittäglichen Sitzung des Bürgerauschusses standen nur sechs Punkte, von denen die letzten beiden: Ergänzung des Tarifvertrages mit den städtischen Arbeitern vom 3. Mai 1919 und Erweiterung auf die Neuregelung der Beamtengehälter infolge der Reichsbesoldungsordnung die wichtigsten waren. In finanzieller und allgemeiner wirtschaftlicher Beziehung, denn es steht außer Frage, daß die Bewegung der Privatangehörigen und Arbeiter auf der Neuregelung der Gehälter des städtischen Personals beruhen wird. Diese Neuregelung kann aber erst endgültige Form annehmen, wenn die Reichsbesoldungsordnung vorliegt, nach der sich, wie es die Reichsregierung selbst wünscht, die Bundesregierungen und die Städte richten sollen. Was gestern mit erfreulicher Einstimmigkeit beschlossen wurde, trägt lediglich den Charakter eines Provisoriums. Einmal wurde die zwischen dem Bezirksstadterverband und dem Verband der mittleren Stände des Landes einerseits und dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband und dem Verband der Gemeindefreier und Strohensöhner Deutschlands andererseits in Ergänzung des im Jahre 1919 abgeschlossenen Tarifvertrages neu getroffenen Vereinbarung in der für Mannheim geltenden Fassung genehmigt und den Mannheimer Arbeitern der Gruppe 1 bis mit 3 zu dem sich aus der Vereinbarung ergebenden Gehalts eine vorläufige Arbeitszulage von 4 % für Verheiratete und 2 % für über 24 Jahre alte Gehälter gewährt. Zum andern wurde ebenso einstimmig der Beschluß gefaßt, die Beamten und Angestellten der Stadtgemeinde und ihrer Anstalten einschließlich des Lehrpersonals grundsätzlich ab 1. April 1920 den Reichsbeamten gleicher Art hinsichtlich der Besoldung gleichzustellen und nach Veröffentlichung der Reichsbesoldungsordnung im Reichsgehalt unversichtlich diesen Gehalt zu vermerken. Einmalen wird auf die hiernach zu gewährenden Mehrgehälter an die Verheirateten und an die über 24 Jahre alten Gehälter für die Monate April und Mai eine Vorauszahlung von je 200 M. gestellt. Einstimmig Annahme fand schließlich der von der deutschnationalen Fraktion gestellte und vom Sta. Verrey begründete Antrag, den Pensionisten und Witwen einen Zuschuß auf die auf Grund des in Aussicht stehenden Reichspensionsgesetzes zu erwartende Neuregelung zu gewähren.

Tiefen Beschlüssen ging eine längere Erörterung voraus, die eine ziemlich parteipolitische Färbung erhielt, zum Teil ungenau, zum Teil aber auch gemollt. Die Reichstagswahlen sind in städtischer Nähe, da müssen die Parteien doch zeigen, was sie für die städtischen Beamten und Arbeiter übrig haben. Eingeleitet wurde das Redebüro, das in der Hauptsache zwischen den Unabhängigen einerseits und den Koalitionsparteien andererseits geführt wurde, durch eingehende Ausführungen des Oberbürgermeisters über die städtische Finanzlage, die ein sehr trübes Bild zeichnen. Die Stadtgemeinde, so führte Herr Dr. Ruge einleitend recht treffend aus, ist eine eigenartige Arbeitgeberin. Sie besitzt ein großes Heer von Beamten, Angestellten und Arbeitern, welche zwar produktiv arbeiten im Sinne der Nützlichkeit der Arbeit für das Volksganze, die aber nicht produktiv arbeiten im Sinne eines unmittelbaren Gewinns. Nur ein Teil der städtischen Beamten und Arbeiter arbeitet unmittelbar produktiv, indem sie etwas erzeugen, was an die Einwohnerschaft gegen Entgelt abgesetzt wird. Die meisten privaten Arbeitgeber sind im Gegensatz hierzu in der Lage, ihre Erzeugnisse teuer zu verkaufen, wenn die Erzeugnisse losgehen. Und wenn sie es nicht mehr können, dann müssen sie ihren Betrieb einstellen. Die Stadtgemeinde muß sich als öffentliche Einrichtung ganz anders verhalten; sie ist infolge der Eigenart ihrer Lage nicht imstande, Forderungen, die zu erfüllen sind, wie die Privatindustrie auszugleichen. Der größte Teil der Aufwendungen kann nur durch Steuern gedeckt werden, die aber seit 1. April beträchtlich nicht mehr in der progressiven Steigerung erhoben werden, die der Steigerung der Aufwendungen entsprechen würde. Die Selbstverwaltung der Gemeinden ist in dieser Beziehung so gut wie beseitigt. Die Stadt Mannheim soll hinsichtlich in der Hauptsache mit dem Betrage auskommen, der ihr durch das Reich zugewiesen wird. Die Umlage erbrachte 1914 rund 11 Millionen M., 1919 wurden bei Entrechnung aller Nachträge 60,5 Mill. M. vereinnahmt. Für 1920 war eine Gesamtsumme von 68,5 Mill. M. durch Umlagen herausgerechnet. Eine Umlage von 108 Pfg. auf 100 M. Grund- und Betriebskapital, ein früher unmöglich erscheinender Satz, würde 22,5 Mill. M. ergeben. Hier aber muß ein Landesgesetz eine neue Basis für die Umlagerhebung schaffen. Es ist augenblicklich ein Gesetz demnächst geworden, nach dem dann die Steuer auf Gewerbebetriebe und Grundkapital auf 50

Pfennig für 100 M. Steuerwert begrenzt wird, während die Stadt Mannheim allein schon 108 Pfg. auf 100 M. für 1920 entnommen hat. Von diesen 108 Pfg. würden für Mannheim nur 37 Pfg. übrig bleiben. Wenn dieser Beschlusseckel wirklich Gesetz würde, dann würde die Stadtverwaltung von den erhofften 22,5 Mill. M. nur etwa 7,7 Mill. M. erhalten, und von den 68 Mill., die das Gesamtkapital bringen soll, würden 8 Millionen M. abgezogen werden. Bei der Vorauszahlung von 200 M. an die Beamten, Lehrer und Ausbehalter werden 10-12 Mill. M. im Jahre erforderlich. Es ist sicher, daß dieser Betrag nicht ausreicht, daß rund 20 Mill. M. gedeckt werden müssen. Herr Dr. Ruge hat die allerdings recht schwache Hoffnung, daß hier das Reich hilfreich beizutreten wird.

Heute läßt die Stadtgemeinde lediglich nur noch von den schwebenden Schulden, die sie aufnehmen muß, bis die Reichszuschüsse überliefert werden. Zahlen hat der Oberbürgermeister nicht genannt. Aber allein die Zinsen werden nicht gering sein. Dabei steigen ständig die Ausgaben für die soziale Fürsorge. Die Kosten für die Armenverwaltung usw. wachsen enorm. Bei der Massenarbeitslosigkeit von erholungsbedürftigen Kindern beträgt der Unterbringungsbedarf allein etwa 7 M. im Tag. Mit kurzen Worten: die Stadtverwaltung toppt völlig im Punkte. Es ist vorläufig völlig schmerzhaft, wie sie mit den Summen auskommen soll, die ihr voraussichtlich vom Reich zugewiesen werden.

In der Aussprache, die den recht wesentlichen Ausführungen des Oberbürgermeisters folgte, wurde allseitig anerkannt, daß die städtischen Beamten und Arbeiter mit dem, was sie nacheinander erhalten, nicht auskommen können, daß man aber vorläufig nicht mehr geben kann, wenn man die Deckungsfrage berücksichtigt. Sta. V. Selinger vertrat mit seinen Genossen aus dem Standpunkt, daß das Reich die Differenz tragen müsse. Über die Reichsregelung steht vorläufig auf dem Standpunkt, daß die Städte mit der Summe auskommen müssen, die ihnen zugewiesen werden. Die sich in dieser Hinsicht die Dinge gestalten, das werden die nächsten Monate lehren. Wenn ziemlich deutlich zum Ausdruck gebracht wurde, daß unter den städtischen Arbeitern Streikstimmung herrscht, so geben wir uns der Hoffnung hin, daß diese Stimmung nach dem Ergebnis der nächsten Aussprache wieder abklingen wird. Die besonnenen Elemente werden einsehen, daß der Streikausbruch gestern bis zur Grenze der Bewilligungsmöglichkeit gegangen ist.

Aus Stadt und Land.

Aus der Stadtrats-Sitzung vom 6. Mai 1920.

Die Beschlüsse über Voraussetzungen auf die Neuregelung der Beamtengehälter und über die Regelung der Arbeiterlöhne vom 3. Mai werden aufrecht erhalten.

Der Preis der für die Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerte benötigten Kohlen ist ab 1. April weiter um 50 % für die Tonne gestiegen. Es müssen daher auch die Preise für Wasser, Gas und Strom erneut erhöht werden und zwar Wasser: Mindestgebühr auf 9 Proz. des Mietwerts, Grundpreis 62 Pfg., Wasserpreis 71 Pfg. für den Liter. Gas: allgemeiner Gaspreis 1,06 M., Wohnungspreis 1,37 M. für den Liter. Nachzahlung 81 Pfg. für jedes im Gashalter befindliche 10 Pfg.-Stück. Strom: Höchstpreis 2,70 M. Kraftstrom 1,75 M., Strom nach dem Einheitspreis 85 Pfg. für die kWh. Die neuen Preise gelten für Wasser vom 1. Mai ab, für Gas und Strom für die Mengen, die von der Ende April begangenen Ablesung ab verbraucht werden. Wasser- und Gasabnehmer, für die eine Erweiterung des Hauptrohrnetzes erforderlich wird, haben in Zukunft außer dem tarifmäßigen Entgelt für Wasser und Gas auf die Dauer von 10 Jahren 12 Proz. der Kosten für die Erweiterung des Rohrnetzes als Ersatz für Verzinsung Tilgung und Abschreibung zu vergüten. Dieses Entgelt ist jährlich voranzuzahlen.

Aufgrund der in § 78, Abs. 1 der Städteordnung in der Fassung vom 30. März 1920 den Städten erteilten Ermächtigung soll von Personen, welche sich im Stadtgebiet aufhalten, ohne hier einen Wohnsitz zu haben und deren Aufenthalt die Dauer von 3 Monaten nicht übersteigt, eine besondere Abgabe zur Deckung der Kosten für deren Unterbringung, Versorgung mit Lebensmitteln und Ausgaben ähnlicher Art erhoben werden. Die Abgabe wird für jeden Tag oder jede Übernachtung in der Höhe von 20 Proz. für das Zimmer oder die Wohnung berechneten Tagespreises erhoben. — Die Zustimmung des Bürgerauschusses wird eingeholt.

Durch den auf dem Hauptmarkt eingetretenen an sich erheblichen Preisrückgang ist seit einiger Zeit den die Güter verarbeitenden Kommunalverwaltungen erhebliche Verluste. Bis zur Neuregelung der Schlachtviehpreise durch das Reich hat deshalb das Ministerium des Innern die Kommunalverbände ermächtigt, die Fleischpreise in dem Verhältnis zu erhöhen, das dem Unterschied zwischen den Marktpreisen der Schlachtviehpreise am 1. März und den laufenden Marktpreisen entspricht. Infolgedessen werden die Preise für Rind-, Kalb- und Hammelfleisch auf 6 M., für Giesfleisch auf 4 M., für Buch- und sonstige Fleischwaren um 40-60% je Hund der bisherigen Preise erhöht. Die weitere Erhöhung der Einkaufspreise für die ausländischen

Kartoffeln macht die Reueifung des Verbraucherschuttespreises auf 80 Pfg. für das Pfund notwendig.
Es ist beabsichtigt, den Truppenübungsplatz Deuberg als Erholungs- und Aufenthaltsort für Kinder einzurichten, wofür es sich auch nach Meinung der Schulärzte gut eignet. Als Träger des Unternehmens soll ein eingetragener Verein „Kindererholungsstätte Deuberg“ gegründet werden, in welchem für die Stadt Mannheim Stadtrat Sittler als Mitglied eintritt.

Zu der vom 10. bis 12. Juni in Rürberg stattfindenden Zusammenkunft der in der Schulaufsicht und Schulaufsicht tätigen Vertreter der großen Städte des Deutschen Reichs in der Stadtschule Dr. Sittler, zu der am 23. und 25. Mai in Dresden stattfindenden Hauptversammlung des Deutschen Fortbildungsbundes Oberlehrer Speich anläßlich.

Das häßliche Angebot eines größeren Anwesens in der Unterstadt wird wegen zu hoher Preisstellung abgelehnt.

Im Stadtrat Redaran wird ein für die Stadtgemeinde entbehrlicher Geschäftsbereich infolge eines vorliegenden Kaufgeschäfts verkauft.

In der 15. Sandwegmann wird eine größere Fläche an ein industrielles Unternehmen vermietet.

Die Nebengebühren im neuen Posttarif.

Die Zusammenstellung der durchweg erhöhten Nebengebühren weist nicht weniger als 85 Nummern auf. Danach werden erhoben an Nebengebühren: Bei außerordentlichen Zeitungslieferungen für je 25 Gr. jedes Beilages 3 Pf.; 2. Einlieferungsbefreiung für gewöhnliche Pakete 50 Pf.; 3. Einlieferungsbefreiung für Pakete 1,50 M.; 4. Postauftraggebühren 1,50 M.; 5. Postauftraggebühren 3 M.; 6. Postauftraggebühren für Nachnahmen: Briefe 50 Pf.; Pakete 1 M.; 7. an Hilfsstellengebühren im Orts- und Landbezirk: für Briefsendungen 1 M. od. 2 M.; für Pakete 1,50 M. od. 2 M.; für Brief- und Paketsendungen, die mit anderen Sendungen abgetragen werden 80 Pf. bzw. 1,50 M. 8. Gebühr für Fahndbriefe monatlich 80 Pf., wöchentlich 30 Pf. 10. Zeitungsbefreiung monatlich für jedes Zeitungstadium 30 Pf., mindestens monatlich 3 M., höchstens 30 M., 11., 12., 15. je 50 Pf. Zustellungsgebühr, Rücksendungsgebühr, als Auftragsgebühren für Aufträge auf Auftragsänderung oder Zurückziehung von Postsendungen, für Aufhebung von Doppelposten für die Rücklieferung von Zeitungen; für Vergütung für Postgebühren, 13. für die von den Landbesitzern oder Postbesitzern auf den Briefkästen eingesammelten Sendungen und zwar 30 Pf. für postpflichtige Einschreibsendungen, Postanweisungen und Wertbriefe für Pakete bis 2 Pf. 50 Gr. einschließlich 50 Pf., für schwerere Pakete 1 M., für Ortsbesitzerspakete 50 Pf., 14. Spätlingsgebühr 1 M.

Je 2 M. als Befreiungsgebühr für Postanweisungen, oder Abholungsgebühren, als Zeitungsbefreiungsgebühr im Orts- und Landbezirk, für die Ausstellung von Postrezeptscheinen, Postanweisungen und Postgüterarten, Stundens- und Monatsgebühren. Als Postausgabegebühr, bisher Postgebühr, für die gewöhnliche Abholung jährlich 12 M. an Gebühr für ein gewöhnliches Schreiben jährlich 30 M., b) für ein größeres Schreiben 60 M. im Jahr; Gebühr für Unbefreiungsbefreiung und Spätzeitel je 1 M., Gebühr für das Reizegebild bis 10 oder 20 oder 50 M. je 2 M. oder 5 M., Versicherungsgebühren bis zu 1 M. (bis 500 M.), 2 M. (bis 1000 M.), 3 M. usw.; als Gebühr für den Umhang der amtlich gestempelten Verträge und bei verderblichen Fremden 5 Pf., als Verkaufspreis der ungenutzten Postkarten ein Pf. oder Doppelpostkarte für je 1 Stück 5 oder 10 Pf. 19. Zeitungsbefreiung, die indessen erst vom 1. Juli an in Kraft treten soll für eine Zeitungsummer im Durchschnittsgewicht bis 20 Gramm 2 Pf., über 20-50 Gr. 3 Pf., bei höherem Gewicht wird für jede weitere 50 Gr. oder einen Teil von 50 Gr. mehr 1 Pf. erhoben. Zeitungsbefreiung wird nicht mehr erhoben. An neuen Gebühren werden ferner erhoben: eine Zustellungsgebühr von 10 Pf. für jede postpflichtige Sendung eine Paketgebühren von täglich 30 Pf. für jedes Paket, das ohne Verschulden der Post lagert.

Gewerbeschule.

Wegen Lehrermangel war es, so wird uns vom Stadt-Unterrichtsrat geschrieben, bei Beginn des neuen Schuljahres leider nicht möglich, den Unterricht in den 3. Klassen und in den 3. Klassen des Unterrichts zu erteilen und die wichtigsten Stoffe wieder einzurichten zu können, ist der Stundenplan demnach geändert worden, daß der Unterricht der 2. Klassen zum Teil von 9 auf 5 Wochenstunden beschränkt wird. Es ist zu hoffen, daß der Schule bald weitere Lehrkräfte zugewiesen werden und daß ab dann der Unterricht wieder im früheren Umfang stattfinden kann. Der Beginn der 3. Klassen und 3. Klassen wird nach dem Besonderen mitgeteilt werden, wenn der Unterricht beginnt.

Einfluß von Nahrungsmitteln.

In einigen Berichten über die letzte Preisbesprechung auf dem Markte sind die Ausführungen über Umfragen nicht erschöpfend wiedergegeben. Zur Verminderung von Preissteigerungen ist deshalb bemerkt: Ohne besondere Bewußtsein ist zur Zeit die Ursache von Preissteigerungen (Erbsen, Erbsen, Bohnen, Sojabohnen, Kichererbsen und Linsen) sowie aller Produkte und Abfälle derselben, welche durch Vermehrung, Schalen oder Schoten gewonnen werden, Reis, Reisabfälle sowie Nudeln von Reis und Reis-

wie ein Karl Renner (Köln), und für den schönen Gedräng ein Vuffolger mit geschmeidigem Fuß und sehr hübscher Komik. Der Dialog muß stehen, der Gesang als solcher „Nagen“ und über all dem muß der Duft der schönen Vergangenheit schweben, ausgebläut in feurig-garten Erbsenzeit.

Es sind Klänge, aufgebaut auf einem Lustspiel-Untergrund, aus dem die schönsten Held- und Heldenblumen der Kunst hervorragen, oft Unterhaltungen des Verstandes und Witzes, wie man früher sagte. Freilich, an unsere deutsche Romantik dürfen wir nicht denken; wir sind eben kurze Zeit in einem ganz unromantischen Lande, in einer Welt der reinen Heiterkeit und Lust. Aber vielleicht verstehen wir uns gerade jetzt am besten in diese ferne Zeit!
Arthur D. H.

Blühende Kastanien.

Von Johanna Schmidt.

Still und leicht kommt der Abend über den Rhein, schreitet weiter fort unter den leuchtenden Kastanien, die sich erheben und leuchten und läßt ein träumerisches Dämmern hinter sich. Lieblosend streicht der Abendwind über die weichen und roten Blütenkerzen und die glänzenden Blätter, die leise rauschen.

Wendfriesen... Aus dem lauten Hasen des Tages bin ich mit kummer- und sorgenschwerem Herzen in diese Nacht, diesen Frieden gesunken, müde, ach, so müde... Und nun lasse ich mich einhüllen in dieses Schweigen, das nur unterbrochen wird von dem Flüstern in den Kastanien.

Und wie ich langsam dahinschreite in dieser köstlichen Einsamkeit, da fallen die quälenden Gedanken von mir ab... einer nach dem andern... fast unmerklich fliehen sie meine bedrückte Seele... mir wird leicht... froh... Immer eindringlicher wird das Rauschen über mir, ich stehe still und höre, wie die flüsternden Stimmen in den Kastanien mir sagen.

Kerze, kleine Kerze, löst es, was folgt ihr, was plagt ihr euch? Alles vergeht... Leid vergeht... Freud vergeht... alles kommt wieder... Leid kommt wieder... Freud kommt wieder... eh! Ihr's gebot, wird Leid zu Freud... Freud zu Leid... warum sorgen...? Schaut um euch, wie schön die Welt ist! Und sie ist schön geworden, ohne daß ihr euch darum zu sorgen braucht.

Vor meinen Augen steht ein Novembertag, der der Herbststimmung durch die letzten Kronen der Kastanien drückt und sie schüttelt, daß sie sich ähneln bogen... denke an das Grauen, das mich vor dem kommenden Winter erschlägt... und schaue mich nun um in der blühenden Wirklichkeit...

Französische Bühnenkunst 1770-1840.

Vandzählungen zu der Neuausführung von Voltaire's komischer Oper „Johann von Paris“ (1812).

Was den Zeiten der Romantik, die uns anfliegen, so oft wir Wagners Tannhäuser und Lohengrin sehen und hören, müssen wir uns heute einmal zurückverlegen in ein ganz unromantisches Land, in eine unromantische Zeit: nach Frankreich. Die Franzosen sind Meister der Bühne, insbesondere des Lustspiels und der komischen Oper. Während die opera buffa der Italiener dem Schwanz der Pöbel nahe verwandt ist, als wenig Feinheiten der Erfindung und der Abfertigung hat, ist die Unterlage der opera comique immer ein feines Lustspiel. Um dieses Lustspiel mit allen Reizen des Dialogs, mit geistreicher Konversation zu erfüllen, legen die Franzosen das Recitativo secco fallen. Ein prächtiger Grund mag hinzugekommen sein: der französische Opernsänger jener komischen Oper war singender Schauspieler. Man konnte ihm schon die „Brola“ anvertrauen, der Sänger stand zurück.

So standen die Dinge, als André Brasseur, ein geborener Flämischer, in Paris mit den Weiben Seligens sein Glück machte. In dem Jahre dieser wichtigen Aufführung wurde die Komik-Oper der Franzosen geboren, und — Beethoven! Die kleine zwölftakte Oper ist noch heute lebendig, wenn man sie nach der Art, wie heutige Maler alte Bilder aufrichten, behandeln will. Der zweite Meister dieser Komik-Operen heißt Adrien Leclercq (1773-1834), der dritte Daniel François Huber. Ein Flämischer, ein Nordfranzose und ein echter Poetiker waren die Gründer: Voltaire's „Johann von Paris“ bezeichnet die zweite, Huber's „Maurer“ (Maurer und Schloffer“ 1825) die dritte Epoche. Herold und Adam, von deutscher Abstammung, stehen in der Mitte; Jamps zeigt deutsche Einflüsse, und über den Wohlstand von Bonjean (1838) hat Huber sich nur in seinen aristokratischen musikalischen Lustspielen: „Fradlavio“, der „Grazie Domina“ und „Zerf's Anteil“ erhoben. Es waren aber auch Lustspiele von E. Scribel. So hat es wieder Gelehrte noch Vorträge gehabt, und das Buch meines „Johann“ bedarf heute — meiner Empfehlung nach — ebenfalls Vorträgen, wie sie die Charakteristiken Renaissances (Bühnenverlag von u. Strauß, Berlin) aufweisen. Zudem hat Kellom's Opernbuch alle die deutschen Bearbeitungen mit aufgenommen, die sich ein Lustspiel zur Pöbel herabwürdigen. Während in der französischen Fortschritt und Witz nämlich den stehenden Stil haben, lehnt sich die deutsche Pöbel mit ihren vollendeten Anzügen ins Unromantische, so daß die Witz als Nebenache, als störende Nebenache empfunden wird. Kommt dann noch eine störende Nebenführung der Kunst hinzu, so ist der Schrei nach der Operette nur

allzu deutlich. Sobald man aber das Libretto mit der Musik des Meisters in die richtige Relation bringt, wird diese kleine Spieloper etwas für musikalische Feinschmecker sein, wenn es noch der gleichen in unfernen teuer gewordenen Opernhäusern gibt!

Die Handlung: Der Douphin, der Erbe der Krone von Frankreich soll heiraten. Der König hat die Prinzessin von Navarra zur Schwiegermutter auserkoren, die Bekundung der Kaiserin Beatrix und Kaparra wird auch vollzogen. Aber dieser Brautpaar führt ein freies Leben, und so will er zunächst anerkennen der vorbestimmten Braut begegnen. Er hat erfahren, daß die Prinzessin mit ihrem Hofstaat die Stelle von Pamplona nach Paris beabsichtigt anzufragen, und teilt sich, ihr in einem Rathgehohe zu begegnen. So reitet er mit seinen Knappen und seinem Gefolge aus, so geht er durch die Lande. Sie haben sich verlobt; er, der Ritterhaft hier und dort, gibt sich als reich, verben Paris Bürger: Johann von Paris. So kommt er mit Geländnis seines königlichen Vaters in die Umgebung von Pamplona, zu dem kleinen Gasthof, „Der Hirt“, seine Tochter, die Dienerin, alle sind in erregter Erwartung; denn der Oberstenschall der Prinzessin hat bereits den ganzen Hofhof für das Haus Navarra besetzt. Und jetzt Tapan ist man gespannt auf die Ankunft der Prinzessin, der jungen, schönen, fröhlichen, geistreichen Witwe. Nun kommt Johann; er, wie sein Knappe werden zunächst abgewiesen. Aber am Ende entscheidet das Geld: der schlaue Bedröge gibt demjenigen den Vorschlag, der am besten zahlt. Er nimmt also den Oberst Johann, sein Gefolge, seine Karossen, Pferde, Räder und Räder bei sich auf. Herr Johann von Paris weiß dem Navarra'sen zu imponieren durch die volle Größe und die goldenen Pyramiden. Nun trifft aber auch die Prinzessin ein; der aufgeschlossene Oberstenschall kündigt Navarra'sen hohe hier in seiner berühmten gemordeten Krone und Würde mit Hocht an. Summa: der als Bürger verkleidete Prinz gewinnt die Prinzessin, die er auf den ersten Blick liebt, sein Räder zu teilen. Sie geht frohlich auf alle seine Gräueltaten ein, weiß seine Gräueltat zu erregen, läßt ihn noch ein wenig zappeln und gibt ihm endlich kund, daß sie von ihrem prinzipiellen Abenteuer unterrichtet, ihm schon lange durchschaut hat. Die edle Musik weiß dies alles in melodische Reizen aufzulösen, an den Kunstreichen, so natürlich dahinschwebenden Gesangsweisen erkennen sich die Feinschmecker, wenn alle diese Verlen der französischen komischen Oper die Fassung von 1812 finden. Wenn... Es gibt nämlich in dieser Oper keine Nebenrollen, nur Hauptpersonen! Es sind erforderlich: eine jugendliche, schillernde Sängerin „mit koloratur“ für die Solodame-Prinzessin, eine Sängerin ersten Ranges für den Knappen Olivier, der die kleine Verzögerung in der Pariser Tanz- und Musikwelt einfließt, für Verzögerung eine Soubrette mit weichem „Rezzo“ für den „Maitre Jean“ ein erster Tenor, für den Oberstenschall ein erster Bariton

Handel und Industrie.

Preisbildung und Wuchergesetzgebung im Einzel- und Großhandel.

Wie mitgeteilt, hielt der Vizepräsident der Handelskammer Mannheim, Michael Rothschild, auf der Präsidialkonferenz des Badischen Handelstags in Baden-Baden einen Vortrag über das Thema: „Preisbildung und Wuchergesetzgebung im Einzelhandel und Großhandel“.

Unhaltbare Zustände sind eingetreten. Die behördliche Anordnung in Bezug auf die Festsetzung der Preise in der Textilbranche wird zum Ruin der Kaufmannschaft werden. Solange in- und ausländische Waren eine steigende Tendenz zeigen, war es möglich, sich an den Richtlinien des in Baden ganz einwandfrei handelnden Landespreissamts zu halten.

Die Verhältnisse liegen etwa so: Der Einzelkaufmann hat Ware im Sommer 1919, Herbst 1919, im ersten Viertelquartal 1920 bestellt, und zwar immer teurer. Diese Ware kommt zum großen Teil jetzt erst herein. Dabei kommt es vor, daß der Kaufmann eine billige Qualität Baumwollstoffe erhält, zu gleicher Zeit auch eine teurere Qualität Kleiderstoffe.

Das ganze Risiko innerhalb der Textilbranche trägt im Großen und Ganzen der Einzelkaufmann, er muß das Lager, das Sortiment halten, um sein Geschäft nicht in die Brüche gehen zu lassen. Er ist zu guterletzt der Leidtragende. Die Steuerbehörde wird im kommenden Jahr schon sehen, was für Steuer aus diesen Branchen gezogen werden kann.

Eine Zeit wie die jetzige, wo Lohnerhöhungen, Preiserhöhungen auf allen Gebieten, Valutadifferenzen, Preisstürze und Preiserhöhungen oft von ganz enormer Tragweite eintreten, kann keine Behörde einen Geschäftszweig durch Verordnungen im Zaum halten.

Handel braucht Bewegungsfreiheit.

In dem Moment, wo Ware wieder fabriziert wird, und dieser Moment ist gekommen, sorat der Konkurrenzkampf für billige und angemessene Preise. Die Schieber werden verschwinden, das Geld derselben wird genau so zerfließen, wie sie es verdient haben.

Redner schloß mit der Aufforderung, dafür einzutreten, daß im Interesse der Allgemeinheit die Preisprüfungsämter für die Textilbranche verschwinden. Das ausgeklügelteste und feinste Eingehen auf die momentanen Verhältnisse in der Textilbranche ist morgen wieder durch die Macht der Tatsachen überstanden, den Wirtschaftsprozess in behördlicher Ordnung zu halten, ohne die Branche zu zermürben und zugrunde zu richten.

Zur Kapitalserhöhung in der südwestdeutschen Zuckerrindustrie.

Hierzu wird uns von beteiligter Seite noch geschrieben: Die Nationalversammlung hat beschlossen, daß die Zwangswirtschaft für Zucker mit der Ernte des nächsten Jahres 1921 aufgehoben werden soll. Für das laufende Jahr und das Erntejahr 1920/21 soll es also noch bei der Zwangswirtschaft für Zucker bleiben, aber auch für das Erntejahr 1920/21 ist eine erhebliche Erhöhung der Rübenpreise von der Regierung in Aussicht gestellt.

Zur Anleiheaufnahme wird mitgeteilt, daß es sich um eine gemeinsame, mit 100% veranlagte, 5 Jahre unkündbare und in 30 Jahren rückzahlbare Anleihe in Höhe von 30.600.000 M unter Gesamtverbindlichkeit der vier Gesellschaften handelt, die etwa der Hälfte des gesamten Aktienkapitals der vier Gesellschaften nach Durchführung der vorgeschlagenen Erhöhung entspricht.

Börsenberichte.

Frankfurter Abendbörse. Frankfurt, 7. Mai. (Eig. Drath.) Bei verhältnismäßig bescheidenem Geschäft trat infolge Rückkäufen eine mäßige Befestigung ein. Montanoptiere waren etwa 3 bis 7% gebessert. Gelsenkirchen 317, Harpener 285, Kall Westeregeln

Der Fall Jaenisch vor dem Wuchergericht Kaiserlautern.

Die vor einiger Zeit in der ganzen Pfalz und darüber hinaus großen Staub aufwirbelnde Verhaftung des Kaiserlauterer Brauereidirektors Jaenisch wegen Schleichhandels führte zu einer Gerichtsverhandlung vor dem dortigen Wuchergericht. Zu der Verhandlung waren etwa 60 Zeugen geladen. Die Anklage legte ihm zur Last, daß er fortgesetzt gewerbmäßig mindestens 6308 Zentner Gerste, für die Höchstpreise festgesetzt waren, unter Höchstpreisüberbreitung und unter vorläufiger Verletzung der zur Regelung ergangenen Vorschriften zur Weiterveräußerung erworben hat.

Der Verteidiger, Justizrat Badlinger, suchte in jenen 136 stündigen Ausführungen den Auffstellungen des Staatsanwalts entgegenzutreten. Es kam darauf an, die Berechtigungen des Angeklagten auf das richtige Maß zurückzuführen und dementsprechend die Strafe zu bemessen. Er schloß: „Ich glaube gezeigt zu haben, daß in dieser Sache nicht alles so schwarz ist, sondern daß es auch einige Lichtseiten gibt, d. h. ich bin der Meinung, daß die Strafe, wie sie der Staatsanwalt beantragt hat, doch über das angemessene Maß hinausgeht.“

Der Vorsitzende des Wuchergerichts, Justizrat Badlinger, suchte in jenen 136 stündigen Ausführungen den Auffstellungen des Staatsanwalts entgegenzutreten. Es kam darauf an, die Berechtigungen des Angeklagten auf das richtige Maß zurückzuführen und dementsprechend die Strafe zu bemessen.

Aus dem Lande.

Karlsruhe, 7. Mai. Durch Jagdungsbeamte des Landespreismates wurden am 30. April ein Schloßer aus Wimpfen und ein Kaufmann aus Schweinfurt festgenommen, die für 16.000 Mark Schwarzan verurteilt wurden.

Hornberg bei Triberg, 8. Mai. Das Erholungsheim des badischen Beamtenbundes, Schloß Hornberg, wird am 17. Mai eröffnet werden.

Gerichtszeitung.

Leopoldshöhe bei Hirsch, 6. Mai. Vor dem Basler Polizeigericht hatte sich die badische Bahnverwaltung wegen Tierquälerei zu verantworten. Am 5. April abends war am badischen Bahnhof Basel ein aus Dänemark kommender Viehwagen eingetroffen, in dem 25 schwere Schweine verladen waren.

Sportliche Rundschau.

Mannheimer Mairennen.

Innere Voraussetzungen für Samstag, den 8. Mai. Bergstraße-Jagdrennen: Stoll Schmidt — Gernsldger; Preis von der Haard: Pionierleg — Artbus; Zwingenberg-Flachrennen: Doppelaar — Rongo — Lustament; Preis vom Lindenhof: Lorigan de Coity — Goldcollille; Rheintal-Jagdrennen: Sperrfeuer — Senhly-Zwinger; Preis von Schwellingen: Carichen — Wag'es — Bringa.

Der Rundflug um die Welt, den der amerikanische Kreis-Club bereits einmal vor zwei Jahren auf den Sommer 1921 verschoben hat, ist jetzt endgültig aufgegeben worden.

abfällen mit anderen Erzeugnissen und Kakaobohnen (roh oder geröstet) gestattet. Für andere Lebensmittel ist Einfuhrantrag unter Angabe der Art und Menge der einzuführenden Waren, der Qualität, des Preises, der Lagerungs- und Verarbeitungsbedingungen, des Herkunftslandes, der Empfangsadresse und der Station über die die Einfuhr erfolgen soll, bei den zuständigen Reichsstellen zu beantragen.

Freigegeben wurde die Befreiung des Oberleitungssekretärs Franz Karg in Heidelberg als Oberleitungssekretär nach Westfalen.

Schnellzugverkehr. Vom Sonntag, 9. Mai an verkehren nördlich Frankfurt (Main) folgende Schnellzüge wieder täglich: D 41 Frankfurt (Main) ab 7.25 vorm., Berlin Abh. Bf. an 2.25 nachm.; D 42 Berlin Abh. Bf. ab 7.00 vorm., Frankfurt (Main) an 6.55 nachm.; D 81 Frankfurt (Main) ab 7.20 vorm., Oberhausen an 2.18 nachm.; D 82 Oberhausen ab 4.00 nachm., Frankfurt (Main) an 11.37 nachm.; D 175 Frankfurt (Main) ab 2.00 nachm., Düsseldorf an 2.53 nachm.; D 176 Düsseldorf ab 6.46 vorm., Frankfurt (Main) an 2.53 nachm.; D 71 Frankfurt (Main) ab 8.23 vorm., Hamburg Hbf. an 9.04 nachm.; D 74 Hamburg Hbf. ab 12.18 nachm., Frankfurt (Main) an 11.31 nachm.

Sonntagsverkehr. Vom Sonntag, 9. Mai an verkehren folgende Züge täglich: D 269 Bad. Stb. ab 7.06 vorm., Mannheim an 11.43 vorm.; D 11 Mannheim ab 11.53 vorm., Friedrichsfeld R.R.B. an 12.08 nachm.; (Frankfurt a. M. an 1.38 nachm.); T 16 (Frankfurt a. M. ab 2.55 nachm.), Heidelberg ab 3.47 nachm.; Bad. Stb. ab 11.30 nachm.; D 16 Friedrichsfeld R.R.B. ab 5.30 nachm., Mannheim an 5.42 nachm.; D 18 Mühlacker ab 10.19 vorm., Bruchsal an 10.55 nachm.; D 61 Bruchsal ab 7.20 nachm., Mühlacker an 8.01 nachm.; Zug 787 Baden-Baden ab 9.43 vorm., Baden-Dos an 9.50 vorm.; Zug 788 Baden-Dos ab 10.08 vorm., Baden-Baden an 10.16 vorm.; Zug 1484 Bad. Stb. ab 8.34 nachm., Bad. Dinslaken an 8.42 nachm.; Zug 1485 Bad. Dinslaken ab 9.00 nachm., Bad. Stb. an 9.08 nachm.; sowie Zug 1738 Bad. Stb. ab 11.40 nachm., Bruchsal an 11.55 nachm. Bei den preussischen und sächsischen Bahnen wird vom obigen Zeitpunkt an der Sonntagsverkehr im erweiterten Umfang wieder aufgenommen.

Von der Handels-Hochschule. Es sei auch an dieser Stelle auf folgende Umlegungen von Vorlesungen aufmerksam gemacht: Die Vorlesung von Rechtsanwalt Dr. Staud und Strauß über Grundzüge des deutschen Rechtsverkehrs ist vom Dozenten im Einzelnen mit den Hören auf Sonntag nachmittags 3-8 Uhr, A 1, 2, Saal 16, verlegt, die Vorlesung von Professor Ullmann über „Der volkswirtschaftliche Teil der Rechnungen als Quelle wirtschaftlicher Belebung“ (Mittwoch 7-8 Uhr abends) nach der Aula A 4, 1, die Vorlesung „Bindelbands über Grundzüge der auswärtigen Politik“ (Mittwoch 6-8 Uhr abends) nach A 1, 2, Saal 16 verlegt worden. Diese Vorlesungen treten mit der kommenden Woche in Kraft.

Sitzungsprotokolle. Als Mitglied des Stiftungsrates des von hiesigen Armenfonds wurden gestern Goehring, Louis, Jüweller, Kuid, Josef, Kuchel und Schweitzer, Karl, gewählt mit je 63 Stimmen und als Mitglieder des Stiftungsrates des Israelitischen Hospitalfonds Goldschmidt, Rog, Bankier, Kaufmann, Hermann, Privatmann und Kicher, Hermann, Apotheker mit je 63 Stimmen gewählt.

ch. Frau Oct. Kommerzienrat Dissené. Gestern vormittag wurde die in allen Kreisen der hiesigen Bürgerschaft bekannte und geschätzte Frau Oct. Kommerzienrat Emma Dissené geb. Böhm, durch den Tod aus diesem Leben abgerufen. Mit der hochbetagten Frau sank die letzte Vertreterin einer altgegründeten und angesehenen Mannheimer Familie ins Grab, da männliche Nachkommen nicht vorhanden sind. Sie hat schon vor langer Zeit verschonene Gatte ein gutes Gebenken sowohl in industriellen wie politischen Kreisen hinterließ, so erwarb sich auch die nunmehr Erbschaftsbesitzerin durch ihre unermüdete, im Dienste der Nächstenliebe sich aufopfernde Tätigkeit schon bei beherrschender allseitiger Dankbarkeit. Viele Tränen wurden von ihr geteilt, und niemand ging von ihr ohne Hilfe und Rat. Sie gehörte zu den Naturen, die gerne im Stillen wirken, die die Danks nicht wissen ließ, was die Rechte tut. Unersättlich hat sie schon vor dem Kriege alle charitativen Bestrebungen, so widmete sie sich während der Kriegszeit nahezu ausschließlich demselben. Das Hauptgebiet der Entschlafenen war die Erweiterung des Schwelmerstiftes durch Ausbildung derselben und Heranziehung von Pflegerinnen. Emma Dissené war Gründlerin und langjährige verdienstvolle Vorsitzende der Abteilung VI „Kriegshilfe“ des hiesigen Frauenvereins. Unermüdet stand sie in musterbildender, vorbildlicher Weise und jugendlichem Eifer ihrem großen Ansehen an ihre Gesundheit stellenden Amte vor. Das, was die Verstorbenen geteilt, wissen nur die recht zu wähligen, die ihr während des Krieges in der Arbeit nahe standen. Wenn das hiesige rote Kreuz seine mannigfachen Aufgaben so treu erfüllen konnte, so ist es insbesondere zurückzuführen auf die von der Heimgegangenen geschaffene Organisation der Kriegshilfe, deren weitverbreiteter Apparat dank der Umsicht seiner Vorsitzenden trefflich funktionierte. Den Kranken und Kriegserkrankten war sie eine liebevolle Mutter und treue Beraterin.

Ein neuer akademischer Versuch. Bei dem am 17. Mai beginnenden Lehrgang zur Ausbildung von Jugendamtsangehörigen können noch einige Anmeldungen berücksichtigt werden. Voraussetzung: Abgeschlossene akademische Bildung oder gleichwertige, umgehende Anmeldungen beim Berufsamt für Akademiker, Frankfurt a. M., Unterstadt.

Jernbeben. Am Mittwoch nachmittags 3 Uhr 43 Minuten registrierten die Seismographen des Geodätischen Instituts der Technischen Hochschule Karlsruhe und der Durlacher Erdbebenstation in Fernleben, dessen Nord in einer Entfernung von 600-700 Kilometern liegt. Die Aufzeichnungen der Apparate dauerten 6 Minuten.

Ausgestellt sind in der Kunsthandlung Doncker zwei Oelportraits einer bekannten Mannheimer Familie. Im duffigen, zarten Farben ausgeführt und von sprechender Realistität, mochten sie ihrem Verfertiger, unserem einheimischen Porträtmaler Fr. Dierkenmeier, U 8, 18, alle Ehre.

Und in mir laut eine Stimme mit jenen, die in den Kasernen schlafen: Auf Leid folgt Freud... warum sorgen...? Euch allen, die ihr zwischen Großstadtmauern leben müßt, möchte ich zurufen: Schenkt euren Seelen ein Stündchen des vergessenden Ausruhens! Geht hin hinaus in den Abend, laßt euch die Blüten der Kasernen in die Herzen strahlen... lauscht, was euch ihre Blätter flüsternd und raunend zu erzählen wissen... euch allen, allen werden sie etwas sagen, das euch eure Sorgen kleiner, leichter erscheinen läßt!

Aus dem Mannheimer Kunstleben.

Theaternotizen. Die heutigen Aufführungen von „Blau und Rot“ im Nationaltheater und „Das Dreimäderlhaus“ im Neuen Theater beginnen um 7 Uhr. In der morgigen Vormittagsaufführung „Der junge Schiller“, die in dem herrlichen Rahmen einer Gesellschaft bei Dahlberg vor sich geht, wirken mit: Fritz Alberti, Georg Köhler, Wilhelm Holmar, Fritz Obermaier, Fritz Schneider, Wenzel Hoffmann und Ewald Berger. Den einzelnen Vortrag hält wieder Dr. Robert Einlein. Im Neuen Theater geht morgen das heitere Familienstück „Billis Frau“ in der Fassung der Uraufführung in Szene. Anfang 7 1/2 Uhr. Die Besetzung der von Fritz Rederer und Eugen Gebhardt geleiteten Aufführung der Volksliedchen-Spieler „Johann von Paris“ lautet: Johann — Fritz Barling, Bringshoff von Navarra — Irene Eden, Olivier — Johanna Lippe, Seneschall — Joachim Kromer, Der Wirt — Hugo Wolff, Lorezza — Margarete Fiehl. Die Aufführung findet Dienstag, den 11. Mai statt. In der morgigen Aufführung von „Carmina“, welche Bildhauer hier abspielt, singt Max Dittmann den Don José.

Edelsteinabend. — Auf Quartett. Der Schichtmonatliche Edelsteinabend wird an dieser Stelle darauf hin, daß der Montag, den 10. Mai stattfindende Kammermusikabend um 7 Uhr beginnt. Aufstehende können während der Dauer des 1. Wertes, des Festschwarze-Gebur, keinen Einlaß finden. Als 2. Programmnummer spielen die Künstler des Duo Quartett (Der Ad und das Mädchen).

verloren 7% (700). Industriek Aktien ungleichmäßig. Höher stellten sich unter den chemischen Werten Scheideanstalt 547, plus 3, Badische Anilin 510, Gut erholt haben sich Hapsag, 173 1/2 plus 7, Nordd. Lloyd 171 1/2. Unter den Lokalpapieren wurden Kupferwerke Hedderheim 6 1/2% gesteigert, 221, Farbwerke Höchst 376, Metallbank 218. Im freien Verkehr wurden Benz niedriger, 235, gegen Schluss 230, Canada 940, Deutsche Petroleum 680, Deutsche Kolonialanteile 8350, Otaviminen fester, 5% Goldmexikaner gewannen 15 1/2, 355.

Mannheimer Effektenbörse.

Mannheim, 8. Mai. Für Bankaktien war heute mehrfach Kaufdruck vorhanden, und zwar notierten: Badische Bank 210 G., Pfälz. Hypothekbank 192 G., Rhein. Creditbank 120 G. und Rhein. Hypothekbank 193 bez. und G. Ferner gelangten zur Notierung Umsätze in Mannheimer Versicherungs-Aktien zu 1350 A pro Stück, Benz zu 255 1/2 und Unionwerke zu 200 1/2.

Berliner Metallbörse vom 7. Mai.

Preise für 100 Kg. in Mark:

Table with 4 columns: Item, 4. Mai, 7. Mai, and a fourth column. Items include Elektrolytkupfer, Raffinadekupfer, Hüttenweicheisen, Hüttenweicheisen (Synth.-Preis), Hüttenaluminium, Bankzinn, Hüttenzinn, Reinnickel, Antimon, Platten Zink.

Wirtschaftliche Rundschau.

Kreis-Elektrizitätsversorgung Unterfranken A.-G. In Würzburg wurde nunmehr unter genannter Firma ein gemeinwirtschaftliches Unternehmen gegründet mit einem Aktienkapital von 5 Mill. M. Der Aufbau des Unternehmens, das die Elektrizitätsversorgung von Unterfranken durchführen wird, wird im Zusammenhang mit dem Bayernwerk erfolgen. Unter den Gründern von industrieller Seite neben den Städten und privaten und öffentlich-rechtlichen Korporationen seien genannt: die Industrie von Schweinfurt und Würzburg, die Firma Schuckert u. Co., Nürnberg und die Firma Brown, Boveri u. Co., A.-G., Mannheim.

Gewerbank Buchsal e. G. m. b. H. Der Reingewinn beträgt 109 797 M. (G. V. 90 420). Auf Effekten wurden 30 000 M. abgeschrieben. Die Dividende beträgt wieder 6%, die Zahl der Mitglieder ist auf 1045 gestiegen. Bei einem Gesamtum-

satz von 367 Mill. M. (G. V. 243 Mill. M.) betragen am Jahres-schluss die Gesamtverpflichtungen 428 Mill., was eine Liquidität von 46% bedeutet. Letztere hat sich inzwischen wieder gehoben.

Neue industrielle Gründung im Elsaß. Unter dem Namen Firma Société Alsacienne de Produits Chimiques wurde mit Fr. 16 Mill. Aktienkapital eine neue Gesellschaft gegründet, die die Soc. de Thann et Mulhouse (früher Kestner) und die Fabriken von La Rochelle-La Pallice übernimmt. Ersterer erzeugte Anilinfarben, letztere Kampfer durch Synthese u. a.

Mannheimer Häuteauktion. Die nunmehr abgehaltene süddeutsche Häuteauktion wies bezüglich der Preise die gleiche Tendenz auf wie die in letzter Zeit in Berlin abgehaltene. Schwere Häute brachten 13-17 M., Kuhhäute 11-13 M. Die Preise bedeuten einen Preisrückgang von ca. 40% gegenüber dem Ergebnis der letzten Auktion. Die Kalb- und Ziegenfelle wurden infolge niedriger Gebote zurückgezogen.

Gewinnziehungsergebnisse der Preuß.-Südd. Klassenlotterie. In der am 7. Mai abgehaltenen Vormittags-Ziehung fielen 30 000 M. auf Nr. 170 375, 313 071; 10 000 M. auf Nr. 1198, 90 141; 3000 M. auf Nr. 126, 8111, 12 473, 56 601, 70 316, 95 14, 104 753, 113 063, 113 252, 116 667, 116 920, 139 600, 150 126, 162 466, 165 335, 167 452, 169 733, 170 941, 171 312, 171 673, 171 873, 197 469, 210 438, 214 723, 230 614. (Ohne Gewähr.)

Neueste Drahtberichte.

Deutsche Sparprämienanleihe.

Berlin, 8. Mai. (Eig. Draht.) Eine Bekanntmachung des Reichministers der Finanzen benennt als Hinterlegungsstelle für die Stücke der deutschen Sparprämienanleihe 1919 die Bayerische Notenbank, die Bayerische Staatsbank in Nürnberg, die Württembergische Notenbank in Stuttgart, die Badische Bank in Mannheim, die Sächsische Bank zu Dresden und die Preussische Staatsbank in Berlin nebst ihren Zweigniederlassungen.

Amerikanische Kreditanträge gegen Wertpapieremission.

Washington, 7. Mai. (Draht.) Der republikanische Senator Franke hat einen Antrag eingebracht, der bezweckt, Deutschland beim Ankauf von solchem Material, das es für seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau unbedingt braucht, beizustehen. Die Vorlage ermächtigt eine Finanzkorporation, 250 Millionen Dollars zum Ankauf von Lebensmitteln und Rohstoffen zu leihen, wofür die Korporation 6%ige deutsche Wertpapiere erhalten würde. Die Korporation ist mit dem Plane einverstanden.

Neuheiten-Zuteilung für Bayern und Pfalz.

München, 8. Mai. (Eig. Draht.) Zum Ausgleich für die in Bayern lagernde italienische Beutemunition, die von der Evaporator A.-G. in Bayern übernommen wurde, wird die Reichstreuhandgesellschaft in der nächsten Zeit den bayerischen Interessenten etwa 200 Tonnen Neuheiten als erste Rate zuführen. Aus diesen Beständen soll die Rheinpfalz in besonderem Maße beliefert werden.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Mai

Table with 7 columns: Pegelstation am Rhein, Datum, and Bemerkungen. Rows include Rheinstetten, Kehl, Wexau, Mannheim, Mainz, Kaub, Kell, vom Neckar, Mannheim, Heilbronn.

Wetterausichten für mehrere Tage im voraus.

Unbestimmter Hochdruck wird gerichtlich verfolgt. 8. Mai: Bewölkt, ziemlich kühl, streifweise Regen. 10. Mai: Wolkig, mürmer, windig. 11. Mai: Sonne, Wolken, warm, später Regen, windig.

Witterungsbericht.

Table with 7 columns: Datum, Barometerstand, Temperatur, Tiefste Temp., Niederschlag, Höchste Temp., Bemerkungen. Rows for dates 2. Mai to 8. Mai.

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Fritz Goldbaum. Verantwortlich für Politik: Dr. Fritz Goldbaum; für Druck: Dr. Richard Schindler; für Anzeigen: Karl Hügel. Druck und Verlag: Druckerei Dr. Gaa, Mannheimer General-Anzeiger G. m. b. H., Mannheim, E. G. 2.

VOR MOTTEN SCHADEN

Pelz, Wolldecken, Teppiche, Kleidungsstücke usw. zu bewahren, ist für die Hausfrau mit Sorgen und Arbeit verbunden. Sicherer Schutz bieten nur

Kühl-Räume

ausgestattet mit einer Kälte-Erzeugungs-Anlage, wie wir sie in neuzeitlicher Weise eingerichtet haben und zur Benutzung empfehlen. Aufbewahrung und Pflege einschl. Versicherung gegen Feuer und Diebstahl übernehmen wir gegen mäßige Gebühr.

HIRSCHLAND MANNHEIM AN DEN PLANKEN Fernsprech-Anschlüsse Nr. 3, 6326, 6327



Schlafzimmer Fr. Roetter Möbelfabrik H 5, 1-4 und 22.

Schreiner-Arbeit jeder Art, sowie Aufpolieren, Um- und Neubelagen von Möbeln wird sofort bei billiger Berechnung ausgeführt. R. Hofmann, Baumstr. 20, 68044

Unterricht. Nachhilfe in Rechner und Französischen sowie Klavier-Unterricht für ein 12-jähriges Mädchen gesucht. Weibliche Bekannte wollen schriftliches Angebot mit Preis einreichen unter C. 3, 84 an die Geschäftsstelle, 68072

Neuer Kurs für Wandler in Franz. 175 Mt. die Stunde beginnt am nächst. Montag ab 9 Uhr in der D.-E.-F. Sprachschule, O. G. 3, 5

Geldverkehr. Beamter sucht 3972 gegen 30 Tage Sicherheit, nur von Selbstgeber. Ringd. mit Str. 221 an Mannh. General-Anzeiger. Zweigst. Constanztstr. 4. Wir geben Jedermann

Geld. Ein gut erhalt. Fahrrad m. n. Gummirollen geg. gut erhalt. Damenrad zu kaufen ges. 3990 Wendeb., Schürstr. 221

Dickrüben zu verkaufen, 3723 Seckenheim, Ruffenstraße 9.

Reparaturen an Parkettschrubbern (Hooker) sowie Neubestellungen werden entgegengenommen. H. 1, 12, links, 2. St.

Ein kleiner Rottweiler entlaufen. Abzugeben gegen Belohnung. 3987 Franz Bell, 65, 24.

Heirat. Junger Mann foh, wünscht mit anst. Mädchen oder Witwe bis 30 Jahre bekannt zu werden. Sucht. u. E. R. 27 an die Geschäftsstelle, H. 5, 1.

Heirat. Junger Mann foh, wünscht mit anst. Mädchen oder Witwe bis 30 Jahre bekannt zu werden. Sucht. u. E. R. 27 an die Geschäftsstelle, H. 5, 1.

Statt Ratten! Ihre Vermählung besetzen Sie anzujagen 3732 Thomas Emmert und Frau Venne geb. Rapp. Mannheim, den 8. Mai 1920. Seckenheimerstr. 80.

Statt Ratten! 3804 Rudolf Forth Maria Forth geb. Vannamaler Vermählte Mannheim Mai 1920. Ruffenstr.

Statt Ratten! 3800 Wilhelm Felder Elisabeth Felder geb. Ott Vermählte Mannheim (N 7, 1), 8. Mai 1920.

Bernhard Becht Luise Becht geb. Kuchsmetzer Vermählte 3726 Mannheim, den 8. Mai 1920. Kleinfeldstr. 13.

Habe mich hier zur Ausübung der Praxis niedergelassen: 5866

Nervenarzt Dr. W. Horber langjähriger Anstaltsarzt Sprechstunden: 9-12 Uhr vormittags 2 1/2-5 Uhr nachmittags Friedr. Karistr. 14 Telefon 7959.

Empfehle mein reichhaltiges Lager in kompletten sicheren und lackierten Schlafzimmern und Küchenrichtungen in solider und gediegener Ausführung. Ferner Matratzen in Ia. Dreif., sowie Klümmöbel, Diwans und Chaiselongues. 3556 F. G. Egner, Möbellager Adelsheim (Baden).

Statt jeder besonderen Anzeige. Verwandten, Freunden und Bekannten die tieftraurige Nachricht, dass mein innigstgeliebter Gatte, Schwiegersohn, unser lieber Bruder, Schwager und Onkel, Herr Ludwig Willstädter im 47. Lebensjahre uns unerwartet am 5. Mai 1920 in Stuttgart, nach kurzer, schwerer Krankheit erlitten wurde. MANNHEIM, den 8. Mai 1920. Elisabethstr. 4. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: Luise Willstädter geb. Mayer-Dinkel. Die Einäscherung findet Montag, den 10. Mai 1920, vormittags 11 1/2 Uhr im Krematorium statt. Beileidsbesuche und Blumenspenden dankend verboten.

Nachruf. Am 5. Mai 1920 verschied sanft unser allverehrter Chef, Herr Ludwig Willstädter Mit dem Entschlafenen verlieren wir einen mit seltener Herzensbildung ausgestatteten Vorgesetzten, von hohem Idealismus erfüllt, der uns immerdar sein aufrichtiges Wohlwollen bewiesen hat und mit seinem unermüdelichen Fleiß ein leuchtendes Vorbild war. Sein Andenken werden wir allezeit in Ehren halten. 5864 Mannheim, den 6. Mai 1920. Die Angestellten und Arbeiter der Firma S. Simon & Co. Zigarrenfabriken.

Für Brautleute! Die Möbelfabrik J. Laux & Söhne Telef. 1593 Heidelberg Gegr. 1873 empfiehlt ihre anerkannt erstklassige Wohnungs-Einrichtungen in allen Formen und Preislagen. Besonders preiswert empfehlen wir einige noch unter günstigen Bedingungen fertiggestellte bürgerliche Schlaf- und Wohnzimmer, 5510 Fabrik u. Ausstellungsorte: Handschuhmacher Landstr. 69 u. 71

National-Theater.
 Sonntag, den 8. Mai 1920.
 42. Vorstell. in Serie, Abteil. A (für II. Parkett A 10)
Blaufuchs
 Anfang 7 Uhr. Kleine Preise. Ende geg. 9 Uhr.
Künstlertheater „Apollo“
 Heute abend 7 1/2 Uhr
 Morgen Sonntag, abends 7 1/2 Uhr
„Die Dame vom Zirkus“

Palast-Theater.
 Romeo u. Julia im Schnee 4 Akte
 Sklaven fremden Willens 6 Akte
 Wochentags Anfang 4 Uhr, Samstag u. Sonntag 2 Uhr.

Friedrichs-Park.
 Sonntag, 8. Mai, 10-11 und 3-11 Uhr
Nachmittags- u. Abend-Konzert
 Kapelle Petermann. Leitung: Kapellmeister Becker.
 Eintrittspreis 2 R. 1.00 — Kinder 50 Pf.

Kabarett Rumpelmayer
Das grosse Starprogramm
 Förster, Paula Marks, Hansi Strauss
 Dr. L'Arronge, Mila u. Milon, Kitty Land
 Kassia, Edith Maria, Möller. 573
 Samstag und Sonntag Ende 12 Uhr
 Sonntag nachmittag fällt die Vorstellung wegen den Rennen aus.

Weinstube z. Kornblume
 B 6, 8. B 6, 8.
 Probierstube der Südd. Weinzentrale.
 Empfehle hiermit dem geehrten Publikum, Freunden und Bekannten meine seit 1. Mai eröffnete, vollständig neuvierte
„Weinstube Kornblume“
 la. Weine von der Südd. Weinzentrale.
 Aufmerksame Bedienung.
 Zu zahlreichem Besuche ladet höflich ein
E. Metz, früher Colosseum.

Badischer Kunstverein
 Karlsruhe / / Waldstrasse 3
 9. bis 27. Mai 1920
AUSSTELLUNG
HANS VON VOLKMANN
 zu Ehren seines
 60. Geburtstages
 Besuchszeiten: Wochentags von 10-11 u. 3-5 Uhr. Sonn- u. Feiertags von 11-1 u. 2-4 Uhr. — Pfingstsonntag geschlossen

Dr. Eugen Becker
 Klavierpädagoge *3008
 unterrichtet privat O 7, 28. IV.
Schönes solides Vereinszimmer
 für einige Wochentage zu vergeben.
 Spezialauschank von
Münchner Mathäserbräu
Wilhelm Biebricher
 zur „Arche Noah“ *3030
 Restaurateur und Küchenchef
F 5, 2. Telephon 5190.
Wander- u. Vergnügungsgesellschaft „Wako“
 gegr. 1912.
 Zu dem am Samstag, den 8. Mai, stattfindenden
Familien-Abend
 mit Tanz
 im Restaurant zur Bäckerei, 8 6, 40
 ladet ein Der Vorstand.
 Beginn 7 Uhr. *3055

Einzig in seiner Art.
Ohne Noten
 lernen Erwachsene jeden Alters ohne Vorkenntnisse in 3-5 Monaten
Klavierspielen
 nach Orig.-System von Musikdr. P. A. Fay.
 In wenigen Unterrichtsstunden spielt man mit vollem Akkord in geübte Lieder, Tänze (z.B. Fox-Trot, Boston, Two-Step), Operenstücke u. dergl. Erfolg garantiert.
 Nähere Ausk. u. Anmeldung durch die Vertretung Mannheim, K 1, 12 (Friedrichsbrücke). Unterrichtsgegenstände wird gebot, nach anvertraut schriftl. Anfrag. Beste Referenzen.

Warenhaus
KANDER
 Mannheim
 Kinder-Stiefel mit Fleck 32.50, ohne Fleck 43.25
 Burschen-Stiefel sehr haltbar, sehr dauerhaft in Qualität und Verarbeitung 216.25
 Herren-Stiefel in schöner Ausführung 194.00
 Niedbox elegante Form, stütziger Boden 261.75
 Echt Boxcell hochste Form, in Kammern 324.75
 Lackstiefel mit edler, glanzvoller Lack, in Kammern 491.25
 Damen-Spangenschuhe echt Chertess 197.00
 Kinder-Stiefel ohne Abklebung 36.75, mit Abklebung 40.75
 Halbhochs weite Letzmaße 91.50
 Big. Halbhochs in Chertess mit Lackbeleg 229.50
 Big. Hochstiefel in stütziger Ausführung, gelb gezeichnet 190.00
 R.-Chevreau sehr schöne Form, mit Lackbeleg 275.00
 Echt Boxcell in Leuz, hochste Form, vorz. Polster 462.75
 Beachten Sie unser Spezial-Schuhwarenfenster in der Seitenstrasse.

Warnung.
 Der Verband der Reinigungs-Institut-Unternehmer Süddeutschlands (Glas- und Häuser-Reinigung) macht die Wahrnehmung, daß in verschiedenen Städten neuerdings Fensterputzer auslauchen, die sich als selbständige Arbeiter ausgeben.
 Den Interessierten bringen wir zur Kenntnis, daß dieses meistens Elemente sind, die entweder stellenlos umherziehen oder bei ihren vorhergehenden Arbeitgebern das ganze Personal zu hohen Lohnforderungen trieben, wodurch fast durchweg Steigerungen im Abonnementpreis eintreten mußten.
 Diese sogenannten Scharfmacher versuchen jetzt ihren früheren Arbeitgebern insofern in den Rücken zu fallen, daß sie nicht zurückzureden, Abonnementpreise anzubieten, um die kaum in früheren Zeiten gearbeitet werden konnte.
 Jeder reelle Geschäftsmann wird daraus ersehen, daß ein solches Verhalten jedenfalls das nicht eines selbständigen Unternehmers ist und auch bei der Geschäftswelt keinen Anklang finden kann.
 Außerdem setzen sich die Auftraggeber in eine ungewisse Gefahr, da fragliche Elemente meistens vermögenslos sind.
 Laut gesetzlicher Bestimmungen läuft ein Auftraggeber Gefahr, daß er bei Vergeben von Arbeiten an Personen, wie oben erwähnt, nicht nur bei Sachschaden diesen selbst zu tragen hat, sondern bei Unglücksfällen der die Arbeit ausführende Personen, sowie dritter Personen gegenüber haftbar gemacht werden kann. Gemäß Unfallgesetz vom 30. Juni und 1. Oktober 1910 ist unser Beruf diesen Bestimmungen unterworfen. 5850
 Wer seiner Sache sicher sein will, gebe daher Arbeitsaufträge an hiesigen Plätze befindlichen Geschäfte, die in jeder Hinsicht Haltbarkeit besitzen.
 Auskunft hierüber erteilt gerne
Der Verband der Reinigungs-Institut-Unternehmer Süddeutschlands
 Der Vorsitzende: Krebs, Stuttgart. Der Schriftführer: Jung, Heidelberg.

Allgemeine Groß-Handels-Gesellschaft, Kom.-Ges.
 vereinigte Firmen Robert Ambos & Wihl. Schöpflin,
 Mannheim, Telephon 6683.
 Unsere Geschäftsräume befinden sich ab
Montag, den 10. Mai im Hause
B 1, 7a
 frühere Oelzentrale, neben der Handelskammer.

S. GUTMANN
 Mannheim Q 3, 26
 Vollständige Büro-Einrichtungen
 Spezialpreis für sofortige Lieferung

Kanal-Reinigungs-Institut
MANHHEIM-LUDWIGSHAFEN
 Büro: Mannheim, Max-Josefstr. 2. Büro: Ludwigshafen, Deumstrasse 21
 Telephon 313. Vert.: A. Heuser. Telephon 52. S 25
 Kanal-Reinigung in- u. aus. Abm. Kanal-Reparaturen
 Beseitigung von Kanal- und Abortverstopfungen
 Beseitigung übler Gerüche — Desinfektionen.

Die badischen Zahnärzte streiken einen Tag. Warum?
 1. Weil die Regierung den Dentisten eine Prüfung über ihr Können auferlegt hat, welche die Dentisten selbst angeregt haben.
 2. Weil die Regierung dadurch unserem Volke Gewähr bieten will für genügende, sachgemäße Zahnhilfe.
 3. Weil die Zahnärzte Angst zu haben scheinen mit den Dentisten in freien Wettbewerb zu treten.
 Es entscheide darnach jeder selbst, ob hier nicht Eigennutz, Selbstbeweihräucherung und Kampf gegen unliebsame Konkurrenten die eigentliche Ursache ist. Das arme Volk muß den Deckmantel dazu hergeben.
 Man will die neue Zeit nicht verstehen, sondern der freien Entwicklung hemmend in die Speichen fallen.
 Unsere Regierung sucht aber gerade unserem Volke alle Kräfte nutzbar zu machen.
Der Verband der badischen Dentisten.
 Wir ersuchen unsere verehrl. Mitglieder aus Anlaß des Zahnärztetages ihre Praxis am Samstag den ganzen Tag und ausnahmsweise Sonntag von 10-12 Uhr offen zu halten, damit den von Zahnärzten befallenen Bürgern Hilfe geleistet werden kann.
Verein selbständiger Dentisten Mannheim E. B.

ABDA
 Allgemeine Reise- und Privat-Darlehens-Anstalt
 — Kommandit-Gesellschaft —
 Jannstrasse Lahr i. B. Telephon 47. 48
 Fernr. 407. Geschäftsbüro: Mannheim, Lahr i. B.
Geschäfts-Tätigkeit:
 Planierungen wirtschaftlich gesunder Geschäfte des Kleinhandels und Kleingewerbes. — Kurze Kredite in einwandfreie Warenanforderungen — Warenkommissionen — Vorschußfreie Gewährung von Privat-Darlehen zu produktiven Zwecken an Personen jeden Standes gegen angemessene 5-6% Teilrückzahlungen.
 Vermittlung erfolgt auf Wunsch auch durch
Herrn Hugo Kupper, Mannheim, Kleine Metzstr. 1. Fernruf 6422.
 Zahlreiche Empfehlungsnachweise. Rasche verschwiegen, angenehme Geschäftsbewickelung.

Trefftage der Mannheimer Warenbörse
 jed. Dienstag v. 11-1 Uhr im Börsengebäude.
 Alle erwerbenden Kaufleute, gleichviel welchen Geschäftszweiges, sind eingeladen. E 47

Autos zu verkaufen.
 1 Audi, 8/22 PS., offen, 6 sitzig
 1 N.A.G., 16/40 PS., offen, 6 sitzig
 1 Clemend Bayard, 10/30 PS., offen, 6 sitzig
 Sämtliche Wagen sind neu bereit und sofort fahrbare Wagen *3029
Alois Jslinger, Mannheim
 Augartenstr. 84. Telephon 3047.

Anbieten solange frei:
 Zirkis 40 Ztr. Erbsen Viktoria und andere ersten Sorten A 350 Mk. 3856
 Zirkis 30 Ztr. Land-Erbsen A 275 Mk. 3856
 Zirkis 90 Ztr. geringe Erbsen A 190 Mk. 3856
 Zirkis 50 Ztr. Linsen A 330 Mk. 3856
 Alles per Zentner incl. Sack ab Lager Mannheim.
 Kasse gegen Uebernahme.
 Bei Abnahme des ganzen Quantums kleine Preis-Ermäßigung.
Laupheimer & Dreifuss, Ulm
 Tel. 1741. Telegr.-Adr. „Merkur“.

STÄBER
Stäbermöbel Mannheim
 Tullastr. 16 Tel. 7379.

Segeltuch-Planen
 (Wagenbeden usw.), aus rein engl. imprägniertem la. Segeltuch, große Partien in verschiedenen Größen, sofort greifbar
Mk. 18.50 per Kilo, 1 Kilo 1 1/2 qm
 oder 1 Kilo 3 qm ab Interzeilendem Bagercost. Befähigung gratis. *3897
W. Kuntz, Ludwigshafen a./Rh.
 Telephon 1124. Jägerstr. 6.

Uhren und Goldwaren Bestecke
 Ludwig Groß, F 2, 4a, Marktstraße.

Drehstrom-Motore
 1400 Touren, neu, Num. 112/113, 120-225 Volt 1 PS. Mk. 2200.— p. Stck 3178
 3 PS. „ 4500.— „ „ 3178
 1,5 PS. Kupfer, 220-250 Volt Mk. 3000 p. Stck
somit lieferbar.
A. Fütterer, Elektrizitäts-Ges. m. b. H.
 Albenstr. 23 Karlsruhe i. B. Telephon 5831.

Miet-Gesuche Büro
 möglichst eingerichtet für vollkommen feinen und ruhigen Betrieb per sofort gesucht.
 Angebote unter M. M. 1429 an Wis-Josten-Hein & Bogler, Mannheim.
 Der I. Juni werden

2 leere Räume
 möglichst in Verfahrslage als Büro zu mieten gesucht bei sehr gutem Preis. Es läßt sich auch Uebermietung innerhalb einer geschlossenen Etage in Frage.
 Gef. Angeb. unt. D. P. 91 an die Geschäftsstelle.

Pianos in Kauf u. Miete
 bei Heckel
 Piano-Lager O 3, 10.
 Auf Teilzahlung
 Damen-Konfektion
 Kostume, Volle, Kleider, Hosen, Blusen, MP, etc., Kinderkleider, Herrenst. usw.
Evartz & Co. Meerfeldstr. 68. 39004

Ulrichs Weltgesch.
 Bremsen, Tierleben, Brockhaus u. Meyers Konversations-Lex. und andere Werke, auch ganze Bibliotheken
 Kauf Herter's Buchhandlung, O 5, 15, geg. d. Ing.-Schule 524
Fichten Wurzelstockholz
 durch Sprengen gewonnen, groß gerichtet, frei von Sand und H. Wurzel, sehr geeignet zu Dampfheizleitungen zu Mk. 45.— per Kubik, 100 Kubikmeter Holzbaum abzugeben (Fuhrleute vorhanden) 3089
Viereck & Co.,
 Wächterbach (Ness. Nass.)
Pferde zum Schlachten
 vom veranlagten, werden zu den besten Preisen angekauft. Gemästeter erhalten hohe Preislöhne
 Pferde, Mast, ganz e. Karoliner mit elektrif. Maschinen, etc.
Jakob Stephan
 Mannheim, J 4a Nr. 10, 64 Telephon 2056.